

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtverband Oldenburg



Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2021

Veränderung beginnt hier.

gruene-oldenburg.de

Dieses Kommunalwahlprogramm wurde auf der Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Oldenburg von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 25. April 2021 einstimmig beschlossen.

Impressum

Herausgeber

Vorstand des Stadtverbandes Oldenburg von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Andrea Härtel, Fenja Lampe, Hauke Hähne, Katharina Garves, Andreas Hurka, Hermann Neemann und Thorsten Duhn

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Stadtverband Oldenburg

Friedensplatz 4

26122 Oldenburg

Tel.: 0441 87936

info@gruene-oldenburg.de

<https://www.gruene-oldenburg.de>

Redaktion

Andrea Härtel, Birgit Schlobohm, Fenja Lampe, Katharina Garves, Andreas Hurka, Hermann Neemann und Thorsten Duhn

Danksagung

Ein ganz herzlicher Dank geht an die zahlreichen Mitglieder und Sympathisant*innen, die über viele Stunden – insbesondere in AGs und auf einer intensiven Mitgliederversammlung – mit viel Engagement Inhalte zusammengetragen, ausgearbeitet und diskutiert haben.

Die Redaktion

Inhalt

1. Klimaschutz.....	6
1.1 Wohnen, Bauen und Energieversorgung: Solarstadt Oldenburg.....	6
1.2 Gebäude und Energieverbrauch – effizient und erneuerbar.....	6
1.3 Flächensparendes Bauen und Wohnen – weniger ist mehr.....	8
1.4 Finanzen und Verwaltung – echt nachhaltig!.....	8
1.5 Klimaanpassung – Oldenburg wird grün.....	8
1.6 Kommunikation und Bürger*innenbeteiligung – jede Stimme zählt.....	9
1.7 Konsum und Ernährung – natürlich ressourcenschonend.....	9
2. Verkehr.....	10
2.1 Fuß- und Fahrradverkehr – mit Sicherheit attraktiv.....	10
2.2 ÖPNV – klimafreundlich und sozial verträglich.....	11
2.3 Schienenverkehr – „Alle einsteigen!“.....	12
2.4 Autoverkehr – runter vom Gas.....	12
2.5 Fliegerhorststraße – nicht mit uns!.....	13
3. Stadtentwicklung.....	13
3.1 Aktuelle Herausforderungen der Stadtplanung.....	13
3.2 Stadtteilentwicklung – kurze Wege für mehr Lebensqualität.....	14
3.3 Boden- und Baupolitik – verantwortungsvoll verändern.....	14
3.4 Wohnen – nachhaltig, bezahlbar und sozial.....	14
3.5 Landschafts- und naturschutzwürdige Gebiete – grün bleibt grün!.....	15
3.6 Gewerbliche Entwicklung – nicht auf Kosten unserer Umwelt.....	15
3.7 Einzelhandel – für eine l(i)ebenswerte Innenstadt.....	16
3.8 Denkmalschutz – Bestehendes erhalten, Ressourcen schonen.....	16
4. Wirtschaft und Finanzen.....	16
4.1 Nachhaltige Wirtschaft fördern.....	17
4.2 Gemeinwohlorientierung als Modell der Nachhaltigkeit.....	17
4.3 Gemeinsames Dach für nachhaltige Unternehmen.....	17
4.4 Digitaler Ausbau – mit Highspeed modernisieren.....	18
4.5 Umlandkooperation – Miteinander statt Gegeneinander.....	18
4.6 Existenzgründungen und Start-ups fördern.....	19
4.7 Haushaltspolitik – nachhaltig investieren für die Herausforderungen von morgen.....	19
5. Stadt-Kultur.....	20
5.1 Transparente Kulturförderung.....	20
5.2 Kultur von allen – Kultur für alle.....	20
5.3 Raum für Alltagskultur.....	21
5.4 Vielfältige kooperative Theaterszene.....	21
5.5 Erinnerungskultur – kritisch und zukunftsorientiert.....	21
6. Sport.....	22
7. Familie, Kinder, Jugend und Beteiligung.....	23

7.1 Familie – bunt, vielfältig, gemeinschaftlich.....	23
7.2 Kinder – in geschützter Umgebung unbeschwert aufwachsen.....	23
7.3 Jugend – Angebote schaffen, Freiheiten lassen.....	24
7.4 Kinder- und Jugendbeteiligung – selbstbestimmt von Anfang an.....	24
7.5 Bürger*innenbeteiligung – gemeinsam stark.....	25
8. Bildung.....	25
8.1 Bildungsregion und Schulentwicklungsplanung.....	25
8.2 Inklusion konkret umsetzen.....	26
8.3 Digitalisierung gestalten.....	26
8.4 Bildung für nachhaltige Entwicklung.....	27
8.5 Gemeinschaftsverpflegung – regional, bio, fair.....	27
8.6 Pädagogische Architektur bei Sanierung und Neubau.....	27
8.7 Kita, Grundschulen, Ganzttag – gerechte Bildungschancen von Anfang an.....	27
8.8 Integrierte Gesamtschulen, Oberschulen, Gymnasien, Förderschulen.....	28
8.9 Berufliche Bildung und lebenslanges Lernen.....	28
9. Sozialpolitik.....	28
9.1 Gesundheitsversorgung im Oberzentrum – nur mit Universitätsmedizin.....	29
9.2 Kommunalen Gesundheitsdienst – wesentlicher Baustein im Gesundheitsnetz.....	29
9.3 Pflege – gute und vielfältige Angebote.....	29
9.4 Demografischer Wandel – gerne älter werden in Oldenburg.....	29
9.5 Sucht ist Teil der Gesellschaft – Beratungs- und Hilfsangebote verbessern.....	30
9.6 Arbeit und Beschäftigung in Oldenburg – zukunftsorientiert und digital.....	30
9.7 Wohnen – bezahlbares Wohnen muss sein.....	31
9.8 Grauer Wohnungsmarkt – Wohnen ist Menschenrecht.....	31
9.9 Inklusion – Teilhabe für alle.....	31
9.10 Integration – unsere Stadt für alle.....	32
10. Frauen- und Gleichstellungspolitik.....	32
10.1 Für eine geschlechtergerechte Sprache.....	32
10.2 Strukturelle Ungleichheit beseitigen.....	33
10.3 Veränderungen der Arbeitswelt geschlechtergerecht gestalten.....	33
10.4 Für die bessere Teilhabe von Frauen.....	33
10.5 Gewalt an Frauen entgegenstehen.....	34
11. Queeres Selbstverständnis und geschlechtliche Vielfalt.....	34
Glossar.....	36

1. Klimaschutz

Oldenburg muss bis spätestens 2035 klimaneutral sein. Dies bedeutet, sich im Rahmen der Möglichkeiten dazu zu verpflichten, den Ausstoß von Treibhausgasen innerhalb der Stadtgrenzen auf ein mögliches Minimum abzusenken und die Restemissionen zu kompensieren. Damit leistet Oldenburg den notwendigen Beitrag zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels aus dem Paris-Abkommen und zum Kampf gegen die globale Klimakatastrophe. Wir wollen ehrgeizigen Klimaschutz zentral in der Stadt verankern und stehen deshalb dafür ein, die Klimawirkung jeder kommunalpolitischen Entscheidung von Anfang an mitzudenken. Das bedeutet auch, die Anpassung an den Klimawandel und die sozial gerechte Verteilung von Gewinnen und Kosten von Klimaschutzmaßnahmen anzustreben. Oldenburg soll mehr in Klimaschutzmaßnahmen investieren, allen voran in die Aufstockung von Förderung der Altbausanierung und Photovoltaik sowie der Personalstellen. Konkrete Maßnahmen, um Klimaneutralität zu erreichen, wollen wir in einer Neuauflage des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts (2012) schnellstmöglich auf den Weg bringen. Dabei werden auch die Bürger*innen der Stadt Oldenburg sowie die Landes-, Bundes- und Europaebene einbezogen. Wir sehen Kommunikation und zielgerichtete Interaktion auf allen Ebenen als einen wichtigen Schlüssel zum Weg in eine klimaneutrale Zukunft. Über den Fortschritt auf dem Weg zur Klimaneutralität soll mindestens einmal jährlich berichtet werden.

Konsequenter kommunaler Klimaschutz ist ein Gewinn für die Bürger*innen. Er führt zu sauberer Luft, viel Grün, weniger Lärm, günstigem Solarstrom sowie entspanntem und sicherem Radfahren in der Fahrrad-Hauptstadt Oldenburg.

1.1 Wohnen, Bauen und Energieversorgung: Solarstadt Oldenburg

In Oldenburg gibt es viel ungenutztes Potenzial, Solarenergie durch Photovoltaik (zur Stromerzeugung) oder durch Solarthermie (zur Wärmeerzeugung) zu nutzen. Bei vielen Neubauten geht jedoch das Potenzial durch ungünstige Planung verloren. Daher setzen wir für Oldenburg das Ziel, alle Dachflächen von zukünftigen Wohnungs- und Nichtwohnungsgebäuden mit Solaranlagen – oder Dachbegrünung (siehe Kapitel 1.5 „Klimaanpassung“) – auszustatten. Oldenburg soll Solarstadt werden:

- Dies wollen wir durch die Instrumente im Planungsrecht, bei städtebaulichen Verträgen und durch Erbpachtverträge erreichen. Dazu muss bei Neuaufstellung oder Änderung von Bebauungsplänen direkt geprüft werden, wie Solarenergie optimal zu nutzen ist.
- Selbstverständlich berücksichtigt diese Planung wirtschaftliche und technische Zumutbarkeit. Auch auf den Dächern von Bestandsgebäuden gibt es noch viel Potenzial für Solarenergie. Um dieses auszuschöpfen, soll die Stadtverwaltung Menschen mit Bauvorhaben bei anstehenden Dachsanierungen umfangreich beraten (siehe Kapitel 1.2 „Gebäude und Energieverbrauch“). Zudem soll die kommunale Förderung von Photovoltaik-Anlagen aufgestockt werden.
- Auch die Stadt selbst muss ein Vorbild werden. So sollen bis 2027 alle geeigneten Dächer der städtischen Liegenschaften mit Solaranlagen ausgestattet werden. Dies betrifft sowohl Neubauten als auch bestehende Gebäude, sofern Denkmalschutz, Statik oder Technik nicht dagegen sprechen.
- Die Stadt soll zudem auf die Ausweitung des Angebots von Mieter*innenstrom hinwirken.

1.2 Gebäude und Energieverbrauch - effizient und erneuerbar

Der Wärmebereich ist eine der größten Quellen von klimaschädlichen Treibhausgasen in der Stadt. Wir wollen, dass die Gebäude in unserer Stadt mit erneuerbaren Energien versorgt werden. Dabei soll die Stadt

mit ihren Gebäuden Vorreiterin sein. Dazu bedarf es einer Vielzahl von Maßnahmen, die sowohl auf Neu- wie auf Bestandsbauten zielen und gesamtheitliche Lösungen für Quartiere in den Blick nehmen. Wir fordern:

- Die Einführung einer Wärmeplanung für Bestandsquartiere und Neubaugebiete. Darin sollen Wärmeangebote und Wärmenachfrage erfasst und transparent dargestellt werden. Eine solche Planung kann eine wichtige Informationsgrundlage für die Prüfung und den Aufbau von Nahwärmenetzen sein. Die Stadtverwaltung soll mit entsprechendem Personal und Finanzmitteln ausgestattet werden, um eine Wärmeplanung voranzutreiben.
- Jedes Bauprojekt – ob Neubau oder Sanierung – bietet eine wichtige Chance für den Einsatz energieeffizienter und erneuerbarer Technologien. Bei städtisch ausgewiesenen Neubauflächen und auf städtischen Grundstücken sollte grundsätzlich der moderne KfW40Plus-Standard vorgeschrieben werden. Die Investitionsentscheidungen in der Bauphase beeinflussen die Energiebilanz des Gebäudes und das Klima für Jahrzehnte. Oft fehlt Menschen mit Bauvorhaben das Wissen, welche Fördermöglichkeiten es gibt und dass moderne Technologien sich durch Energieeinsparungen nach wenigen Jahren auszahlen können. Die Stadtverwaltung sollte daher allen Menschen mit Bauvorhaben aktiv eine Beratung anbieten.
- Fast alle Gebäude werden in Oldenburg noch mit fossilem Erdgas beheizt und tragen damit zur Aufheizung der Atmosphäre bei: Auch Erdgas ist ein Auslaufmodell und keine Brückentechnologie in einer klimaneutralen Stadt. Die Alternativen sind u.a. Nahwärmenetze auf Basis erneuerbarer Energien und Abwärmennutzung sowie Wärmepumpen. Hier soll die Stadt stärker beraten und fördern. Sinnvoll ist aus unserer Sicht z.B. ein gemeinsames Vorgehen mit der EWE.
- Wir wollen die Sanierungsquote von Gebäuden in Oldenburg deutlich steigern. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet das Programm zur energetischen Altbausanierung der Stadt. Wir wollen dieses Programm daher finanziell weiter aufstocken. Gefördert werden sollen nicht-fossile Heiztechnologien (z.B. Solarthermieanlagen oder Wärmepumpen) und energetische Sanierungen. Die Verbindung von mehreren Maßnahmen soll besonders gefördert werden. Die Stadt sollte Eigentümer*innen von Altbauten regelmäßig anschreiben und damit zu allen Fördermöglichkeiten beraten. Für Neubauten auf nicht-städtischen Grundstücken sollen entsprechende Anreize geschaffen werden, den KfW40Plus-Standard zu verfolgen. Die Stadtverwaltung soll prüfen, ob hier – auch für gewerblich genutzte Gebäude – rechtliche Vorgaben möglich sind.
- Die Stadt soll ein Forschungs- bzw. Pilotprojekt zum Einsatz von Großwärmetechnologien für die Fernwärmeversorgung eines Quartiers starten. Dazu gehören beispielsweise die Erkundung von Tiefen-Geothermie oder etwa der Bau und Betrieb von Großwärmepumpen.
- Neue Gebäude (z.B. Supermärkte) sollten grundsätzlich nicht mehr einstöckig genehmigt und gebaut werden, um die Flächen besser zu nutzen.
- Auch Mieter*innen sollen von klimafreundlichen Gebäuden profitieren! Wir sprechen uns für eine Sanierungsoffensive in Kooperation mit der GSG und gegebenenfalls weiteren privaten Wohnungsgesellschaften aus. Dabei soll sichergestellt werden, dass Mieter*innen schnell von sinkenden Heizkosten profitieren.
- Bei Wohnkomplexen mit mehreren Wohneinheiten sollen Lademöglichkeiten für Elektroautos gefördert werden. Diese kommunal geförderten Lademöglichkeiten müssen nachweislich mit erneuerbaren Energien betrieben werden. In allen Wohnquartieren soll die Stadt eine ausreichende Ladeinfrastruktur sichern. Auch wollen wir in Bebauungsplänen festschreiben, dass neue Wohnkomplexe eine Ladeinfrastruktur vorzuhalten haben.
- Auch wenn Solarenergie in einer Stadt wie Oldenburg die wichtigste erneuerbare Energieform ist, wollen wir auch andere innovative erneuerbare Energien fördern. Den Ausbau der Windenergie

könnte die Stadt durch partnerschaftliche Verträge in Umlandgemeinden fördern. Initiativen zur volkswirtschaftlich und klimatisch sinnvollen Nutzung von Wasserstoff und Energiespeichern sollten von der Stadt unterstützt werden.

1.3 Flächensparendes Bauen und Wohnen - weniger ist mehr

Wir wollen flächensparendes Wohnen fördern und den Wohnungsbestand in Oldenburg besser nutzen. Wenn beispielsweise Eltern nach dem Auszug ihrer erwachsenen Kinder in kleinere, barrierefreie Wohnungen umziehen, oder ihr Haus in zwei Wohneinheiten teilen, können Mieten langfristig sinken. Die Umwelt würde durch Energie- und Flächeneinsparungen ebenfalls entlastet. Wir fordern:

- Die Einrichtung einer kommunalen Aktionsstelle zum „flächensparenden Wohnen“, die als zentrale Beratungs- und Koordinierungsstelle in der Stadt agiert.
- Die Förderung von baulicher Teilung von bestehenden Einfamilienhäusern. Dazu werden finanzielle und stadtplanerische Anreize geschaffen und bestehende Fördermöglichkeiten beworben.
- Die Einrichtung einer Wohnungstauschbörse in Kooperation mit der GSG und weiteren privaten Wohnungsgesellschaften. Diese Koordinierungsstelle soll Mieter*innen zusammenbringen, die in eine Wohnung mit passender Größe innerhalb des Stadtviertels umziehen wollen.
- Die Erstellung eines Leerstands-Katasters, in dem alle länger leerstehenden Wohn- und Gewerbegebäude verzeichnet sind. Mit Blick auf diesen Ist-Zustand kann die kommunale Aktionsstelle kreative Konzepte für die Nutzung entwickeln.

1.4 Finanzen und Verwaltung - echt nachhaltig!

Wir wollen, dass die Stadtverwaltung bei Beschlüssen die Klimaauswirkungen prüft. Ähnlich wie bei Auswirkungen auf den Haushalt sollen Beschlussvorhaben für alle Ausschüsse mit den Auswirkungen auf das Klima bewertet werden. Insbesondere für größere Bau- und Verkehrsprojekte ist hier auch eine bezifferbare Einschätzung der Klimaauswirkungen nötig.

- Maßnahmen beim Klimaschutz müssen mögliche soziale Auswirkungen mit berücksichtigen. Gegebenenfalls muss ein Ausgleich geschaffen werden.
- Wir brauchen deutlich mehr städtisches Personal, um eine erfolgreiche kommunale Energiewende zu planen und umzusetzen. Auch um kommunale Förderprogramme ausreichend zu bewerben und zu bearbeiten, braucht es mehr Personal. Für die Stadt rechnet sich eine bessere Personalausstattung auch langfristig, da so eine bessere Infrastruktur und eine saubere Energieversorgung entsteht.
- Die Digitalisierung der Oldenburger Behörden wollen wir ressourcenschonend vorantreiben.
- Im städtischen Fuhrpark müssen Verbrennungsmotoren Schritt für Schritt durch alternative Antriebe ersetzt werden. Bei Neuanschaffungen von Betriebsfahrzeugen sind klimafreundliche Antriebe vorzuziehen, sofern dies technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist. Dies betrifft nicht nur den PKW-Fuhrpark, sondern auch den Abfallwirtschaftsbetrieb, das Grünamt, die Feuerwehr und weitere Eigenbetriebe.
- Strom- und Wärmeverträge der Stadt und ihrer kommunalen Gesellschaften sollen wo immer möglich auf den Bezug von „echtem“ Ökostrom umgestellt werden. Mit solchen Energieverträgen wird der Ausbau erneuerbarer Energieanlagen aktiv gefördert und nicht nur durch den Zukauf von Zertifikaten aus dem Ausland sichergestellt.

- Die Verwaltung soll sich dazu verpflichten, einen regelmäßigen Nachhaltigkeitsbericht zu verfassen oder verfassen zu lassen.

1.5 Klimaanpassung - Oldenburg wird grün

Oldenburg muss sich auf eine höhere Durchschnittstemperatur einstellen und sich besser an den Klimawandel anpassen. Dazu gehören etwa die Entsiegelung von Flächen und mehr Bäume, Wiesen und Gründächer in der Stadt. Diese Grünflächen bringen Abkühlung im Sommer und können bei Starkregen Wasser besser aufnehmen und speichern.

Wir setzen uns in diesem Zusammenhang für die kontinuierliche Umsetzung des Schwammstadtkonzepts im Zuge einer nachhaltigen und klimafreundlichen Stadtentwicklung ein. Kurz gesagt: Es werden Strukturen im Siedlungsbereich geschaffen, um bei Starkregenereignissen Wasser aufzunehmen und vor Überflutungen zu schützen, während das Wasser bei Dürre wie aus einem Schwamm wieder abgegeben werden kann. Der Oldenburgisch-Ostfriesische Wasserverband (OOWV) ist hier ein wichtiger lokaler Partner.

Wir wollen für die Stadt Oldenburg eine Baumschutzsatzung. Sie soll von der Verwaltung erarbeitet und in einem breiten Dialog mit der Bevölkerung diskutiert werden.

Diese Maßnahmen stellen keine Alternative zur Bekämpfung des Klimawandels dar, sie sind die Konsequenz aus verschlafenem Klimaschutz.

1.6 Kommunikation und Bürger*innenbeteiligung - jede Stimme zählt

Die Planung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und -prozessen sollen transparent und partizipativ gestaltet und kommuniziert werden. Wir fördern das zivilgesellschaftliche Engagement für den Klimaschutz in Oldenburg und bauen die Vernetzung aus. Wir setzen uns dafür ein, die Forderungen von Fridays for Future (FFF) im Sinne der Klimaneutralität bis spätestens 2035 schnellstmöglich zu bearbeiten, den Dialog fortzuführen und die Gespräche öffentlich zu machen. Wichtige Kooperationspartner*innen hierbei sind u.a. die Hochschulen in Oldenburg, die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Klimaschutzinitiativen aus der Stadt und das Netzwerk Oldenburger Energiecluster (OLEC).

1.7 Konsum und Ernährung - natürlich ressourcenschonend

Kommunalpolitische Maßnahmen im Bereich der Nachhaltigkeit konzentrieren sich bislang hauptsächlich auf die Bereiche Energie und Mobilität. Ernährung und Landwirtschaft spielen kaum eine Rolle, obwohl sie durch Produktion und Konsum einen großen Anteil an Klima- und Umweltbelastungen haben und laut Weltklimarat zu mindestens 25 Prozent der menschengemachten Treibhausgasemissionen beitragen.

Wir fordern, die Beschlüsse aus der Zusammenarbeit mit Fridays for Future zum Thema Konsum und Ernährung rasch umzusetzen.

- Es soll eine Ernährungsstrategie für die Stadt erarbeitet werden. Dabei sind Akteur*innen der Wertschöpfungskette und der Zivilgesellschaft einzubinden. Der Aufbau von regionalen Wertschöpfungsketten soll dabei in Kooperation mit benachbarten Gemeinden erfolgen. So können Transportwege verringert und die Transparenz in der Produktherstellung erhöht werden. Bei der Ernährungsstrategie sollen vor allem pflanzliche Lebensmittel im Fokus stehen.
- Die städtischen Konzepte zur Schul- und Kitaverpflegung sollen kontinuierlich weiter entwickelt werden, mit dem Ziel, den Anteil an ökologischen, fairen und regionalen Lebensmitteln zu erhöhen.

- Die Verpflegung in städtischen Einrichtungen und beim Veranstaltungscatering ist bezüglich fairer, regionaler und saisonaler Qualitätskriterien zu kennzeichnen. Außerdem sollen pflanzliche Lebensmittel und Gerichte hervorgehoben gekennzeichnet und stets angeboten werden, damit eine vegetarische und vegane Ernährung einfach möglich ist.
- Die Stadt soll mehr Flächen für das Urban Gardening ausweisen und bewerben.
- Wochenmärkte mit regionalen Anbietern und andere Marktformen in den Stadtteilen, wie Bio- oder Bauernmärkte, sollen gestärkt werden.
- Die Lagerung, Verarbeitung und Vermarktung regional erzeugter Lebensmittel durch Kleinerzeuger*innen soll gefördert werden, z.B. durch Räumlichkeiten (Food Hubs), die auch für nachbarschaftliche Koch-Events oder Lebensmittelrettungsaktionen genutzt werden können.
- Zudem soll die Stadt durch Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Müllvermeidung und Lebensmittelverschwendung mehr Bewusstsein in Handel, Gastronomie und Zivilgesellschaft schaffen. Dies soll beispielsweise in Zusammenarbeit mit Foodsharing-Initiativen und dem Ernährungsrat erfolgen.
- Die Stadt Oldenburg soll dem Netzwerk Bio-Städte beitreten.

2. Verkehr

Eine wachsende Stadt muss sich in Zeiten eines immer schneller verlaufenden Klimawandels entschlossen ihren infrastrukturellen Herausforderungen stellen und daher mit alten Rezepten mutig brechen. Globaler Klimaschutz kann nur gelingen, wenn lokal gehandelt wird. Daher muss auch Oldenburg einen Beitrag zur Senkung des Ausstoßes klimaschädlicher Gase im Verkehrsbereich leisten. Gleichzeitig bietet ein Mobilitätswandel die Chance auf mehr soziale Gerechtigkeit, da mit ihm emissionsarme, öffentliche Verkehrsmittel gestärkt werden und somit weniger Menschen auf einen eigenen PKW angewiesen sind.

Wir werden unseren Gestaltungsspielraum nutzen, um den Verkehr in unserer Stadt zum Vorteil aller umzustrukturieren. Die hierfür notwendigen Konzepte sind bereits bekannt und sollten, anstelle der weiteren langwierigen Erstellung von Rahmenplänen, zügig umgesetzt werden. Wir fordern, bereits beschlossene Maßnahmen oder Absichtserklärungen der Verwaltung konsequent abzuarbeiten und die Verkehrswende so umzusetzen.

Wir setzen uns dafür ein, dass auch in Oldenburg der Grundsatz gilt, Straßen von außen nach innen zu planen. An erster Stelle steht der Raum für die Fußgänger*innen, dann der für die Radfahrer*innen, im Anschluss erhält der öffentliche Nahverkehr seinen Anteil und zuletzt das Auto. Ziel dieses Vorgehens ist es, im Sinne des Klima- und Umweltschutzes den Anteil der Autos am Gesamtverkehr Schritt für Schritt zu reduzieren.

2.1 Fuß- und Fahrradverkehr - mit Sicherheit attraktiv

Oldenburg benötigt eine neue Architektur für den Fuß- und Fahrradverkehr. Der Straßenraum sollte so umgestaltet werden, dass Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen mehr Platz und Sicherheit zur Verfügung stehen. Hiervon profitieren besonders die Kleinsten sowie die älteren Menschen in unserer Stadtgesellschaft.

Um bei Platzmangel mehr Sicherheit zu schaffen, ist die konsequente Verlagerung des Radverkehrs auf die Fahrbahn eine einfache Maßnahme, die ohne großen und kostenintensiven Umbau im Fußverkehr auskommt. Mithilfe dieser Verlagerung können Konfliktsituationen zwischen Radfahrer*innen und Fußgänger*innen, wie sie beispielsweise an Bushaltestellen auftreten, verhindert werden. Des Weiteren sprechen wir uns dafür aus, dass dort, wo der Radverkehr nicht auf der Fahrbahn geführt werden kann, die

„Empfehlungen für Radverkehrsanlagen“ (ERA) für die Planung, den Bau und den Betrieb von separaten Radverkehrsanlagen verbindlich anzuwenden sind. Überall, wo der Autoverkehr schneller als Tempo 30 fahren darf, sind ausgewiesene Fahrradstreifen auf der Fahrbahn aus unserer Sicht eine gute Ergänzung der bisherigen Infrastruktur. Das kann auch zum Rückbau von Fahrspuren oder deren Umwidmung zu Fahrradspuren führen. Für die Umsetzung wollen wir im Stadtrat erweiterte Planungsparameter für die Verwaltung vorgeben: z.B. die Breite, die Trennung von Rad- und Fußwegen, den Einbau glatter Oberflächen mit geringem Rollwiderstand, die Durchgängigkeit der Radwegführung, Farbmarkierungen auf Kreuzungen, niveaugleiches Fahren und den Einbau von Komfortelementen wie Fußabstell-Bügeln.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass weitere Fahrradstraßen, beispielsweise auf dem Quellenweg, mit grundsätzlich hohen Qualitätsstandards (z.B. einem Minimum an ruhendem Verkehr, Vorfahrt gegenüber einmündenden Nebenstraßen) eingerichtet und bestmöglich miteinander verbunden werden. Die Pläne der Stadt für die Einrichtung von sternförmig verlaufenden Radrouten im Haupt- und Nebennetz, zu denen auch der Bau von Premiumradwegen gehört, unterstützen wir ausdrücklich. Ebenfalls setzen wir uns für den Bau von Radschnellwegen ein, die unsere Stadt mit den Nachbarkommunen verbinden. Wir wollen auch die Einführung von Fahrradzonen prüfen, wie es der Nationale Radverkehrsplan 3.0 empfiehlt. Ein Blick in die Niederlande zeigt, dass Menschen bei einer guten Infrastruktur im Alltag bereit sind, Entfernungen von bis zu 10 Kilometer und mehr mit dem Rad zurückzulegen. Wir Grünen wollen diese Infrastruktur in Oldenburg einrichten und ausbauen.

Um das Lastenrad als Alternative zum Transport mit Auto oder LKW attraktiv zu machen, müssen moderne Transportkonzepte stärker als bisher von der Stadt gefördert werden. Insbesondere bei den Wirtschaftsverkehren in unserer Stadt besteht noch ein hohes Verbesserungspotenzial. Wir wollen erreichen, dass die Stadt Oldenburg Vereinen u.a. zum Lastenradverleih, wie z.B. dem „Rädchen für alle(s) e.V.“, weitere Lastenräder zur Verfügung stellt. Bevorzugt sollen dafür Standorte in Stadtteilen gesucht werden, die noch nicht mit einem Leih-Lastenrad ausgestattet sind, um ein flächendeckendes Angebot zu schaffen.

Die Anzahl und die Qualität der Abstellanlagen für Fahrräder konnte in den letzten Jahren gesteigert werden. Aber auch hier muss die Stadt Oldenburg ihre Anstrengungen verstärken und mehr Mut zeigen. Die dazugehörigen Konzepte liegen bereits in den Schubladen des zuständigen Fachbereichs unserer städtischen Verwaltung und verdienen eine stärkere politische Unterstützung.

Weitere Maßnahmen, für die wir uns zugunsten der Sicherheit von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen einsetzen, sind:

- Illegales Parken mit dem PKW auf Fuß- und Radwegen konsequenter ahnden.
- In Baustellenbereichen ausreichend große und gekennzeichnete Wege zur Verfügung stellen.
- Angemessen getaktete Ampelschaltungen für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen.
- Zusätzliche Querungshilfen an unübersichtlichen Stellen.
- Verbesserung des Winterdienstes auf Fuß- und Radwegen.

In den vergangenen Jahren konnte, auch dank unseres Einsatzes, die finanzielle Ausstattung des Rad- und Fußverkehrsprogramms in Oldenburg verbessert werden. Das aktuelle Niveau ist jedoch noch immer nicht zufriedenstellend. Daher setzen wir uns auch weiterhin für eine deutliche Erhöhung der Mittel ein, um im ersten Schritt den Empfehlungen des Nationalen Radverkehrsplans gerecht zu werden und mittelfristig dem erfolgreichen Beispiel unserer Partnerkommune Groningen zu folgen.

2.2 ÖPNV - klimafreundlich und sozial verträglich

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist auch in Oldenburg ein wichtiger Baustein moderner und umweltschonender Mobilität und muss als Ergänzung zum Fuß- und Radverkehr weiter ausgebaut werden.

Um die Pendler*innenströme mit dem PKW zu reduzieren, treten wir für einen Ausbau der Anbindung des ÖPNV ans Umland ein. Des Weiteren stehen wir für eine stärkere finanzielle Unterstützung der VWG, damit zukünftig auch Querverbindungen zwischen den Stadtteilen aufgebaut werden können.

Eine ausreichend hohe Frequenz bei den Fahrten im öffentlichen Verkehr gehört ebenfalls zu einer attraktiven Ausgestaltung. Diese muss auch und gerade in den Früh- und Spätstunden gegeben sein. Die Oldenburger Nachtbuslinien können gerade für jüngere Menschen nur dann eine Alternative zum motorisierten Individualverkehr sein, wenn sie bedarfsgerecht ausgestaltet sind. Deshalb sollten die nächtlichen Busverbindungen auch zu deutlich späteren Nachtstunden als bisher angeboten werden.

Damit der öffentliche Personenverkehr sozial verträglich und attraktiv ist, darf er nicht zu teuer sein. Niedrige Preise müssen auch durch eine höhere städtische Förderung sichergestellt werden. Die Einführung eines sogenannten 365-Euro-Tickets nach dem Vorbild Wiens streben wir weiterhin an und fordern daher die Landespolitik auf, den zur Finanzierung notwendigen Rechtsrahmen zu schaffen.

Um Pendler*innen den Umstieg vom eigenen Auto auf den Bus zu erleichtern, unterstützen wir die bereits von der Stadtverwaltung erarbeitete Idee von Knotenpunkten für Park+Ride am Stadtrand. Für den zur Umsetzung notwendigen Grunderwerb wollen wir in den kommenden Haushaltsjahren die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen.

Darüber hinaus ist es wichtig, den ÖPNV mit den anderen klimafreundlichen Mobilitätsformen zu verknüpfen. Aus unserer Sicht ist das Fahrrad ein perfekter Partner für die Fahrt zur nächsten ÖPNV-Haltestelle. Dieses Zusammenspiel wollen wir fördern. Dafür sind der Ausbau guter, sicherer und sauberer Fahrradabstellanlagen an Haltestellen, die Mitnahme von Fahrrädern in Bahnen und Bussen sowie die bereits vom Stadtrat in die Wege geleitete Förderung von Fahrradleihsystemen die zentralen Bausteine.

In den letzten Jahren ist es der VWG gelungen, alle Busse von Diesel auf bilanzielles Bio-Erdgas umzustellen und somit Deutschlands umweltfreundlichste Fahrzeugflotte zu betreiben. Auch in Zukunft unterstützen wir die weitere umwelt- und klimafreundliche Entwicklung der Oldenburger Busflotte.

2.3 Schienenverkehr - „Alle einsteigen!“

Eine zukunftsfähige Mobilität setzt auch auf den schienengebundenen Personenverkehr. Daher werden wir uns mit allen Mitteln, die uns auf kommunaler Ebene zur Verfügung stehen, für dessen Ausbau einsetzen.

Um weitere Bahnhaltepunkte im Stadtgebiet eröffnen zu können, fordern wir die Landespolitik auf, die Schaffung neuer Angebote durch eine Veränderung der Finanzierungskriterien der Landesnahverkehrsgesellschaft zu erleichtern. In diesem Zusammenhang ersuchen wir den Bund, den Ländern zur Finanzierung des schienengebundenen Nahverkehrs weitaus höhere Mittel zuzuweisen.

Aufgrund des in diesem Jahr beschlossenen Bahnstreckenausbaus im Stadtgebiet wollen wir uns in den kommenden Jahren dafür einsetzen, dass so viele kritische Bahnübergänge wie möglich kreuzungsfrei umgebaut werden.

2.4 Autoverkehr - runter vom Gas

Mit Blick auf die Belange des Fuß- und Radverkehrs setzen wir uns für eine Ausweitung von Tempo 30 im Stadtgebiet ein. Denn eine Verkehrsberuhigung bringt viele Vorteile mit sich: Neben weniger Emissionen und mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden werden Geschwindigkeiten angeglichen. Dies vermindert gefährliche Überholvorgänge und gestattet „grüne Welle“ an Ampeln nicht nur für den Autoverkehr. Wo uns die Einführung von Tempo 30 rechtlich nicht möglich ist, setzen wir uns dafür ein, dass die Straßenverkehrsordnung entsprechend angepasst wird.

Der öffentliche Raum im Stadtquartier ist die Straße. Erschließungsstraßen in Wohngebieten sollten verstärkt als (temporäre) Spielstraßen und „Shared Space“ gestaltet werden. Der Autoverkehr hat hier auf die übergeordneten Interessen der Fußgänger*innen Rücksicht zu nehmen. Die bauliche Gestaltung setzt darüber hinaus für die Autofahrenden deutliche Zeichen, dass hier alle Verkehrsteilnehmenden gleichberechtigt sind. Zudem möchten wir den öffentlichen Raum für spielende Kinder, sporttreibende Erwachsene und Grünflächen weiter öffnen. Im Rahmen neuer Quartiersplanungen soll das Kfz-Parken auf öffentlichen Flächen konsequent reguliert werden, wie es der Nationale Radverkehrsplan 3.0 vorschlägt. So setzen wir uns dafür ein, dass Stellplätze in sogenannten Quartiersgaragen konzentriert und damit öffentlicher Raum weitgehend freigehalten werden kann.

Um die Sicherheit der Kinder zu erhöhen und ihnen mehr Eigenständigkeit zu ermöglichen, soll die Infrastruktur der Stadt so ausgerichtet sein, dass auch die Kleinsten ohne das sogenannte Elterntaxi sicher durch den Verkehr kommen. Für Eltern, die ihre Kinder dennoch mit dem PKW fahren wollen, sollen „Kiss+Ride“-Zonen in einiger Entfernung zu Kitas und Schulen eingerichtet werden. Weitere Maßnahmen zur Reduzierung des sogenannten Elterntaxis, wie sie beispielsweise in Heidelberg praktiziert werden, sind zu prüfen. Dazu gehören die Aufklärung in den Schulen, die weitere Drosselung der Geschwindigkeit vor Schulen und Kitas auf bis zu 10 km/h und die Erstellung von Kinderwegeplänen durch das Kinder- und Jugendbüro in Zusammenarbeit mit den Bildungseinrichtungen und der Polizei. Diese prüfen auf diesem Wege auch Maßnahmen wie Querungshilfen, Bordsteinabsenkungen oder die Verlängerung von Grünphasen und übermitteln diese an die Verwaltung. Diese Maßnahmen sind bevorzugt zu behandeln.

Im Schnitt über 23 Stunden am Tag stehen private Autos und nehmen so einen nicht unerheblichen Teil des knappen innerstädtischen Raums ein. Daher fordern wir seit Längerem, dass Parken einen angemessenen Preis bekommt. Die Erfahrungen anderer Kommunen zeigen, dass eine Erhöhung der Parkgebühren und die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung ein wichtiger Impuls ist, um auf umweltfreundliche Mobilitätsformen umzusteigen. Gleichzeitig ermöglichen die kommunalen Mehreinnahmen einen stärkeren Ausbau unseres ÖPNV, wodurch er zu einer attraktiven Alternative zum privaten PKW werden kann. Die Bewirtschaftung von sogenannten Bewohner*innenparkplätzen wollen wir ausweiten und die Parkgebühren erhöhen, sobald dies rechtlich möglich ist. Die aktuell geltenden 30 Euro pro Jahr für das Parken von Bewohner*innen auf öffentlichen Straßen sind viel zu niedrig.

Angebote für das Carsharing wollen wir dagegen in allen Stadtteilen weiter besonders unterstützen, insbesondere wenn die gemeinschaftlich genutzten PKW ohne den Einsatz von fossilen Brennstoffen fahren.

Eine weit größere Herausforderung ist die Nachweispflicht von Kfz-Stellplätzen, wie sie die Niedersächsische Bauordnung vorschreibt. Nicht nur, dass jeder geschaffene Stellplatz den Boden versiegelt und die Bau- und damit auch die Mietkosten in die Höhe treibt. Oftmals werden diese von den Bewohner*innen aus Ermangelung eines eigenen PKW gar nicht benötigt oder aufgrund des Parkens im öffentlichen Raum nicht genutzt. Deshalb setzen wir uns weiterhin für die Ausweisung von Stellplatzsatzungen für das gesamte Stadtgebiet ein, um den Mobilitätswandel vorantreiben zu können.

2.5 Fliegerhorststraße - nicht mit uns!

Die gegen unseren Willen beschlossene „Entlastungsstraße“ westlich des Fliegerhorsts ist eine Bürde für den Klima- und Umweltschutz und konterkariert jedwede Anstrengung der Stadt für einen baldigen Mobilitätswandel. Wir hoffen daher, dass die Kommunalwahl neue Mehrheiten hervorbringt, die gewillt sind, den (womöglich bereits begonnenen) Bau zu stoppen und den entsprechenden Bebauungsplan aufzuheben.

3. Stadtentwicklung

Die Stadtgeschichte Oldenburgs hat immer wieder größere Umbrüche und Veränderungen erlebt. Was zunächst als undurchführbar und riskant galt, hat sich in der Zukunft erfolgreich etabliert, wie z.B. die Einführung der Oldenburger Fußgängerzone als erste in einer deutschen Stadt. Die befürchteten finanziellen Einbußen der anliegenden Geschäfte haben sich nicht bewahrheitet.

Auch jetzt stehen wir vor einem Wandel – die Herausforderung der Zukunft liegt darin, die Stadt neu zu denken. Für die Schaffung von Wohnraum, die Gestaltung der Quartiere und die Ausgestaltung der Innenstadt sind neue und kreative Konzepte gefragt, die sich an die veränderten Bedürfnisse der Menschen und an die Folgen des Klimawandels anpassen. Es braucht Mut und Willenskraft, gewohnte Pfade zu verlassen und innovative Ideen mit Leben zu füllen. Wir Grüne setzen uns dafür ein, Oldenburg als lebens- und liebenswerte Stadt zu erhalten.

Der Trend zur Vereinzelung ist auf dem Rückzug und eröffnet so neue Perspektiven auf dem Wohnungsmarkt, wie auch die Corona-Pandemie gezeigt hat. In den letzten Jahren sind neue Quartiere entstanden und entstehen weiter, wie z.B. auf dem Fliegerhorst, die ganzheitlich in den Blick genommen werden müssen – in Bezug auf Infrastruktur, Wohnformen und nachhaltige Bebauung. Hier entstehen vielfältige Möglichkeiten der Neuausrichtung. In unserer Innenstadt bieten die vielen Herausforderungen die Chance für Innovationen.

3.1 Aktuelle Herausforderungen der Stadtplanung

Oldenburg ist als Oberzentrum in der Region weiterhin äußerst attraktiv. Mittlerweile treten immer deutlicher die negativen Auswirkungen des städtischen Wachstums zutage und werfen damit unweigerlich die Frage nach einem ressourcenschonenden Umgang mit dieser Entwicklung auf.

Da Oldenburg aufgrund seiner Siedlungstradition eine geringe Siedlungs- und Nutzungsdichte aufweist, stehen wir Grüne für eine Politik der behutsamen Nachverdichtung. Dabei soll die Entwicklung im Stadtinneren Vorrang vor einer ungezügelter Außenentwicklung haben. Auf diese Weise kann sowohl die Konkurrenz zwischen Flächenverbrauch und Landschafts- und Naturschutz entschärft als auch die bereits bestehende Infrastruktur besser genutzt werden. Wenn sich weite Wege innerhalb der Stadt für viele Bewohner*innen vermeiden lassen, sorgt dies auch für eine klimagerechte Mobilität.

Die Nachverdichtung würde jedoch auf mehr Akzeptanz stoßen, wenn in den Bebauungsplänen gestalterische Vorgaben enthalten wären. Deshalb wollen wir Grüne dort, wo es der Stadt rechtlich möglich ist, den Nachverdichtungsprozess stärker als bisher steuern. Hierzu gehört für uns eine Überarbeitung alter Bebauungspläne, wobei umwelt- und klimafreundliche Vorgaben für zukünftige Bauvorhaben eingearbeitet werden müssen.

Dieser aufwendige Prozess kann nur mit Unterstützung und Beteiligung der Bürger*innen erfolgreich werden. Deshalb fordern wir bei Entscheidungen zur Stadtentwicklung mehr Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger*innen über die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren hinaus.

3.2 Stadtteilentwicklung - kurze Wege für mehr Lebensqualität

Wir Grüne setzen uns für eine Stärkung der Stadtteile ein. Durch den Erhalt und Ausbau der erforderlichen Infrastruktur wollen wir zu einer Stadt der kurzen Wege werden – auch aus sozialen, demografischen, verkehrs- und klimapolitischen Überlegungen heraus.

Der neue Stadtteil auf dem Fliegerhorst bietet die einmalige Möglichkeit, diese Herausforderungen der Zukunft bei der Stadtplanung mitzudenken. Der nach einem umfangreichen Beteiligungsprozess erarbei-

tete Masterplan wies in die richtige Richtung, auch wenn die sogenannte „Entlastungsstraße“ gegen unseren Willen beschlossen wurde. Diese Entscheidung wird eine schwere Hypothek für den Umwelt- und Klimaschutz in Oldenburg bedeuten. Ein verkehrsaarmes Quartier, wie im Plan gefordert, sieht unserer Meinung nach anders aus (siehe Kapitel 2 „Verkehr“).

Auch das im Masterplan beschriebene Energiekonzept wird leider nicht umgesetzt. Trotzdem setzen wir uns für die Berücksichtigung eines hohen energetischen Standards bei jedem einzelnen zukünftigen Bauvorhaben ein (siehe Kapitel 1 "Klimaschutz").

3.3 Boden- und Baupolitik - verantwortungsvoll verändern

Beim Umgang mit dem immer knapper werdenden städtischen Grund und Boden muss ein Umdenken einsetzen. Die bisherige Praxis des Ausverkaufs städtischer Grundstücke zur Aufbesserung unseres kommunalen Haushalts beraubt uns langfristiger Eingriffsmöglichkeiten zur Steuerung der weiteren Stadtentwicklung. Daher setzen wir uns seit mehreren Jahren dafür ein, dass Grundstücke vermehrt im Eigentum der Stadt bleiben, um diese gegebenenfalls selbst zu bebauen oder an Privatpersonen in Erbpacht zu vergeben. Beide Wege führen zu einer Senkung der Errichtungskosten und vereinfachen damit die Schaffung dringend benötigten sozialen Wohnraums.

In welcher Rechts- und Organisationsform die Stadt zukünftig selbst Wohnraum schafft, gilt es zu Beginn der nächsten Ratsperiode zu klären. Wir Grünen präferieren eine Aufwertung des bereits bestehenden Eigenbetriebes (EGH), um schon vorhandenes Wissen zur Kostenreduzierung einbinden zu können.

Wir setzen uns dafür ein, dass Stiftungen, die von der Stadt verwaltet werden und günstigen Wohnraum anbieten, erhalten und ausgebaut werden. Wenn nötig sollen sie zur Erbringung ihres Stiftungszweckes mit Mitteln der Stadt gestärkt werden. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für eine Neuorganisation bei der Verwaltung der kommunalen Stiftungen der Stadt Oldenburg ein.

Ebenfalls fordern wir einen anderen Umgang mit stadteigenen Liegenschaften. Jahrelang nicht genügend Geld für Instandhaltung und Sanierung in die Hand zu nehmen und städtische Immobilien letztlich zu veräußern, halten wir für keinen zukunftsächtigen Weg. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt zur Wahrung ihrer Steuerungsmöglichkeiten den eigenen Gebäudebestand kontinuierlich pflegt, den Nutzungsbedürfnissen entsprechend saniert und klimagerecht ertüchtigt. Vor diesem Hintergrund lehnen wir den geplanten Verkauf der alten Jugendherberge und des Hauses der Jugend strikt ab.

3.4 Wohnen - nachhaltig, bezahlbar und sozial

Trotz der regen Bautätigkeit in den letzten Jahren herrscht in bestimmten Segmenten weiterhin ein Mangel auf dem Wohnungsmarkt. Gerade für Menschen mit geringem Einkommen oder größere Familien ist es weiterhin sehr schwer, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Die bisher neu geschaffenen preisgünstigen Wohnungen konnten auch deshalb nicht den Bedarf abdecken, da mittlerweile bei vielen vor Jahrzehnten geschaffenen Wohnungen die Sozialbindung auslief.

Wir begrüßen, dass die Stadt Oldenburg beim Verkauf von städtischen Grundstücken nicht mehr nach dem Höchstpreisgebot verfährt, sondern sie konzeptgebunden vergibt. Bei den hierfür anzulegenden Vergabekriterien sehen wir mit Blick auf den Umwelt- und Klimaschutz jedoch Verbesserungsbedarf.

Als Ergänzung zu Förderinstrumenten von Wohnungsbau und Sozialquoten treten wir zudem dafür ein, städtischen Wohnraum zu schaffen.

Die GRÜNEN begrüßen und unterstützen die Wohnungsbauaktivitäten der GSG. Den Verkauf der GSG an private Investor*innen lehnen wir ab, weil hierdurch die Stadt Oldenburg ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Wohnungsversorgung ihrer Bürger*innen aus der Hand geben würde. Vielmehr treten wir für

eine Erhöhung des städtischen Anteils ein und werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt Oldenburg ihren Einfluss bei der GSG geltend macht, damit kein Wohnungsbestand mehr verkauft wird. Wir Grüne setzen uns für die finanzielle Förderung und Beratung von genossenschaftlichem Wohnen, von Baugruppen und von gemeinschaftlichem und generationenübergreifendem Leben in Wohnprojekten ein.

Wir wollen Unterstützungsangebote schaffen, die im Sinne der Schonung von Ressourcen bereits vorhandenen Wohnraum besser nutzen.

3.5 Landschafts- und naturschutzwürdige Gebiete – grün bleibt grün!

Eine steigende Bevölkerungszahl und der damit einhergehende Wohnraumbedarf führen zu einem weiter fortschreitenden Flächenverbrauch und zunehmender Versiegelung. Dabei müssten wir zur Wahrung der international vereinbarten Klimaziele mit Entschiedenheit Flächen im Stadtgebiet Schritt für Schritt wieder entsiegeln. Das von uns durchgesetzte Gutachten über den Versiegelungsgrad soll hierfür der Auftakt sein. Ihm folgen muss im nächsten Jahr die Erstellung eines Entsiegelungskonzepts.

Der in diesem Zusammenhang stehende Grünmasterplan, durch den trotz Nachverdichtung der Anteil an innerstädtischem Grün spürbar von Jahr zu Jahr erhöht werden soll, wurde bisher noch nicht fertiggestellt. Wir fordern, die hierfür notwendige personelle Arbeit sicherzustellen.

Vor diesem Hintergrund treten wir für einen sensiblen Umgang mit den verbliebenen Freiräumen in der Stadt ein und können die Ausweisung weiterer Flächen vor allem für freistehende Einfamilienhäuser nicht mittragen.

Naturräume, die laut Landschaftsrahmenplan der Stadt Oldenburg natur- oder landschaftsschutzwürdig sind, verbieten sich aus unserer Sicht für eine Bauentwicklung. Aus diesem Grund lehnen wir die im Rahmenplan Weißenmoor-Südbäkeniederung vorgesehenen weiteren Bauflächen weiterhin entschieden ab und wenden uns gegen die Aufstellung entsprechender Bebauungspläne. Die eingebauten „Pufferflächen“, die nichts anderes sind als potenzielles Bauland, wollen wir dem bereits ausgewiesenen Landschaftsschutzgebiet zuschlagen.

Ebenfalls lehnen wir eine Bauentwicklung entlang der „Entlastungsstraße“ westlich des Fliegerhorsts ab.

Oldenburg kann ihr Potenzial als "Stadt am Wasser" viel konsequenter nutzen und am Ufer der Hunte öffentliche Räume fördern. Wir wollen langfristig, dass mehr Kultur- und Gastronomieangebote sowie Grün- und Naherholungsgebiete an den Flussufern entstehen und von der Stadt geplant und gefördert werden.

3.6 Gewerbliche Entwicklung – nicht auf Kosten unserer Umwelt

Die Flächenversiegelung aufgrund immer neuer Gewerbegebiete stellt nach wie vor ein großes Problem dar. Wir wollen eine nachhaltige Wirtschaft mit neuen, modernen Arbeitsplätzen, aber nicht auf Kosten der Umwelt und unserer Zukunft. Wir Grünen treten daher weiterhin dafür ein, dass ein nachhaltiges Gewerbeflächenentwicklungskonzept beauftragt wird. Wir sind davon überzeugt, dass wir mit einer gezielten Förderung zukunftssträchtigen Gewerbes ökonomische mit ökologischen Zielen in Einklang bringen können.

Wir halten es für richtig, dass die Stadt zur Wahrung ihres Einflusses im Falle des Verkaufs von städtischen Gewerbegrundstücken zukünftig ein Rückkaufsrecht in den Verträgen verankert, das bei fehlender Realisierung oder Aufgabe des Gewerbes greift. Auch bei der Vergabe von Gewerbeflächen wollen wir das Instrument des Erbbaurechts verwenden. Hierbei sollen die Regellaufzeiten auf 30 Jahre begrenzt und mit Verlängerungsoptionen versehen werden. Ferner sind gemeinsame Gewerbeflächen mit den Umlandkommunen anzustreben.

3.7 Einzelhandel - für eine (i)ebenswerte Innenstadt

Seit vielen Jahren setzen wir uns für eine Steigerung der Attraktivität und Aufenthaltsqualität der Oldenburger Innenstadt ein und warnen vor einem stetig anwachsenden und sichtbar werdenden Leerstand. Der Onlinehandel und politische Mehrheitsentscheidungen rund um die Schloss-Höfe und den nördlichen Teil der Innenstadt entlang der Heiligengeiststraße erschweren jedoch eine positive Entwicklung.

Um Leben und somit auch Kaufkraft in die Innenstadt zu bringen, unterstützen wir das im Rahmen der Innenstadtstrategie erarbeitete Szenario, das eine Wohnnutzung der Innenstadt favorisiert. Wir treten für einen Ausbau kreativer Konzepte, von Co-Working-Spaces sowie für die Nutzung der Innenstadt als Standort wissenschaftlicher Einrichtungen ein. Wir machen uns dafür stark, die Aufenthaltsqualität durch zusätzliche Sitzgelegenheiten sowie dauerhafte und mobile Begrünung zu steigern. Wir setzen uns für einen Spielplatz innerhalb des Innenstadtrings ein.

Um die Innenstadt für Familien attraktiver zu gestalten, setzen wir uns im Sinne der beispielbaren Stadt (siehe Kapitel 7 „Familie, Kinder, Jugend und Beteiligung“) dafür ein, wegbegleitende Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten für alle in der Innenstadt zu schaffen.

Das Gros der politischen Entscheidungen zum Schutz der Innenstadt orientiert sich jedoch an den Vorgaben des Einzelhandelsentwicklungskonzeptes (EEK). Dieses Konzept soll die strukturelle Entwicklung Oldenburgs als Oberzentrum und die Stärkung der Innenstadt sowie der übrigen Versorgungsgebiete nachhaltig steuern. Die von uns nicht unterstützte Ansiedlung eines Gartencenters in Tweelbäke machte dank der prognostizierten Kaufkraftverlagerungen innerhalb der verschiedenen Sortimente deutlich, dass bei Ansiedlungen dieser Größe Kommunen auch in die Entwicklung ihrer Nachbargemeinden eingreifen. Ein gegenseitiges Hochrücken zum Nachteil der regionalen Gesamtstruktur kann jedoch in niemandes Interesse liegen. Deshalb werden wir uns für ein regionales Entwicklungskonzept einsetzen, das Oldenburg mit den Umlandgemeinden abstimmt.

3.8 Denkmalschutz - Bestehendes erhalten, Ressourcen schonen

Der Schutz, die Pflege und die Erhaltung von Kulturdenkmälern sind wichtige gesellschaftliche Aufgaben. Das architektonische und städtebauliche Erbe ist ein unersetzbarer Ausdruck unserer kulturellen, historischen und sozialen Vielfalt. Fehlentscheidungen auf diesem Gebiet gelten für immer und können nicht revidiert werden. Wir sind im Sinne der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt der Überzeugung, dass städtebaulicher Denkmalschutz und die Stärkung unserer Stadt Hand in Hand gehen. Darüber hinaus trägt Denkmalschutz auch zur Ressourcenschonung bei.

Leider mangelt es oftmals an einem gemeinsamen und entschiedenen Handeln des Rates und der Verwaltung, sobald ökonomische Interessen in den Vordergrund treten. Als Beispiele sind hier der Abriss der Wagenremise an der Auguststraße zu nennen oder die voreilige Entscheidung der Verwaltung, sich gegen eine Unterschutzstellung der Heiligengeiststraße Nr. 24 durch die obere Denkmalschutzbehörde auszusprechen.

Wir werden uns weiterhin entschieden für den Erhalt denkmalgeschützter bzw. denkmalschutzwürdiger Gebäude, aber auch für eine Überprüfung und Veränderung der Sanktionen bei Verstößen gegen den Denkmalschutz in unserer Stadt einsetzen.

4. Wirtschaft und Finanzen

Die Wirtschaft soll dem Menschen und dem Gemeinwohl dienen, nicht umgekehrt. Nachhaltiger Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität, Vorsorge und Gerechtigkeit ist Kern eines zukunftsfähigen Wirtschaftssystems und damit auch des kommunalen Wirtschaftens.

Unser Ziel ist ein Wirtschafts- und Finanzsystem, das die planetaren Grenzen einhält und ressourcenschonend mehr Lebensqualität für alle Menschen erreicht, regional, weltweit und für zukünftige Generationen.

Dazu ist es notwendig, grundlegend anders zu wirtschaften. Die Wirtschaft muss zukünftig chancen-, ressourcen- und geschlechtergerecht ausgerichtet sein, innerhalb klarer Leitlinien. Wir wollen diesen Wandel zu einem klimaneutralen, gemeinwohlorientierten und sozial-ökologischen Wirtschaften gemeinsam mit unserer städtischen Wirtschaft weiter gestalten.

4.1 Nachhaltige Wirtschaft fördern

Regionales Wirtschaften – das hat die Corona-Pandemie gezeigt – hat einen großen Stellenwert und muss deshalb auch unter ökologischen Gesichtspunkten weiter ausgebaut werden.

Dementsprechend fordern wir, über die städtische Wirtschaftsförderung Anreize für die Nutzung regenerativer Energien, den Verbrauch regionaler Produkte und die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe zu schaffen. Eine zukunftsorientierte Wirtschaftsförderung muss mehr auf kooperative, regionale Wirtschaftsformen setzen, um Arbeitsplätze möglichst krisenfest zu sichern sowie wirtschaftliche und soziale Resilienz zu stärken.

Die finanzielle Unterstützung und organisatorische Begleitung der „Share & Repair-Economy“ („teilen – tauschen – reparieren“) als besonders nachhaltige Form des Wirtschaftens wollen wir weiter ausbauen und bekannter machen. Dazu gehört auch die Ausweitung der Förderung von Lastenradanschaffungen bzw. entsprechender Verleihsysteme. Die Stadtverwaltung und städtischen Unternehmen sollen ihren Einkauf an der Nachhaltigkeit (regional, bio, fair) ausrichten.

Oldenburg ist auch in wirtschaftlicher Hinsicht eine attraktive Stadt. Die als hoch empfundene Lebensqualität trägt zur wirtschaftlichen Anziehungskraft und damit auch zur Sicherung von Fachkräften bei. Gemeinsam mit regionalen Bildungsträgern wollen wir systematisch die Bedarfe der örtlichen Wirtschaft und die Etablierung entsprechender Aus- und Fortbildungsangebote erfassen. Damit wollen wir den Fachkräftebedarf gerade für die kleinen und mittelständischen Unternehmen sichern, denn die ausreichende Verfügbarkeit von Fachkräften hat sich zunehmend als bedeutsamer Standortfaktor herausgestellt. Außerdem gehören eine gute öffentliche Infrastruktur, ein vielfältiges kulturelles und Sport-Angebot und nicht zuletzt eine intakte Umwelt zu den wesentlichen Faktoren, um Fachkräfte für Oldenburg zu gewinnen und hier zu halten.

4.2 Gemeinwohlorientierung als Modell der Nachhaltigkeit

Etablierte Unternehmen können eine Schlüsselrolle bei der Realisierung eines nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Wirtschaftens einnehmen, wenn sie klimaneutral produzieren, bei Verpackung und Transport auf die Umwelt achten und die sozialen Belange ihrer Arbeitnehmer*innen berücksichtigen. Wir möchten sie zu derartigen Umstellungen ermuntern und dabei unterstützen.

Dafür werden wir uns für Pilotprojekte zur Einführung von Nachhaltigkeitsberichten und Gemeinwohlbilanzen als zusätzliche Bilanzierungsinstrumente einsetzen, um eine nachhaltige Wirtschaftsweise auch städtisch zu fördern. Das Verknüpfen der Dotierung von Geschäftsführungen mit dem Einhalten von Nachhaltigkeitszielen kann gerade in kommunalen Unternehmen gut umgesetzt werden. Wir wollen darauf hin-

arbeiten, den Austausch der Wirtschaftsförderung mit der Wirtschaft und den bestehenden Netzwerken, beispielsweise dem Oldenburger Energiecluster (OLEC), zu intensivieren und mit ihnen gemeinsam Lösungen zu finden, um unser Ziel der Klimaneutralität zu erreichen.

Bürgerschaftliches Engagement für mehr Gemeinwohlorientierung in der Wirtschaft wollen wir in Zukunft weiter fördern; steht es doch dafür, gesellschaftliche Probleme jenseits von Gewinnstreben zu lösen.

4.3 *Gemeinsames Dach für nachhaltige Unternehmen*

Wir wollen ein Cluster für nachhaltige Unternehmen gründen, in dem sich die Betriebe vernetzen können, die bereits auf dem Feld öko-sozialen Wirtschaftens oder der Gemeinwohlokonomie tätig sind. Aus dem Netzwerk soll eine Innovationsstrategie für die sozial-ökologische Wende Oldenburgs entstehen. Gerade die vielen kleinen und mittleren Betriebe und die innovativen Neugründungen bestätigen den Bedarf nach einer solchen Dachstruktur, die Best Practice, gegenseitige Information und insbesondere einen kurzen Draht zur Politik herstellt.

4.4 *Digitaler Ausbau - mit Highspeed modernisieren*

Den Auf- und Ausbau digitaler Infrastruktur als wichtigen Standortfaktor wollen wir stärker und schneller als bisher vorantreiben. Deshalb setzen wir uns für einen zügigen Ausbau des Glasfasernetzes wie auch leistungsfähiger Mobilfunknetze ein. Freies WLAN muss flächendeckend zur Verfügung stehen. Da Digitalisierung mehr ist als eine schnelle Internetverbindung, müssen insbesondere kleinere Unternehmen in diesem Bereich stärker unterstützt werden. Aber auch die städtische Verwaltung muss deutlich schnellere und größere Schritte zur Digitalisierung von Kommunikation und Genehmigungsprozessen unternehmen, um mit der Wirtschaft auf Augenhöhe zu arbeiten. Ein Wissenstransfer bzw. eine gegenseitige Fachkräfteunterstützung zwischen Wirtschaft und Verwaltung können diesen Prozess vorantreiben.

Das mobile Arbeiten hat sich in der Pandemie massiv ausgeweitet und muss durch die Verbesserung der technischen Strukturen weiter optimiert werden. Gleichzeitig möchte und kann aber nicht jede*r dauerhaft in den eigenen vier Wänden arbeiten. Der digitale Austausch kann persönliche Kommunikation nicht komplett ersetzen. Daher fordern wir, die Voraussetzungen in den Betrieben zu verbessern und Möglichkeiten zur Nutzung sogenannter Co-Working-Spaces mit technisch moderner Ausstattung und einer hohen Aufenthaltsqualität zur Förderung der Kreativität zu schaffen.

Um unseren stationären Einzelhandel gegenüber dem rasant wachsenden Onlinehandel konkurrenzfähig zu halten und seine digitalen Entwicklungspotenziale anzugehen, setzen wir uns für ein „Smarteres Handeln“ in Oldenburg ein. Menschen kaufen vor allem dann vor Ort ein, wenn sie darin einen persönlichen Nutzen erkennen. Auch deshalb wollen wir die Aufenthaltsqualität unserer Innenstadt steigern. Neben Aufenthaltsmöglichkeiten für alle, ohne etwas konsumieren zu müssen, halten wir neue Angebote wie Unverpackt-Läden und Repair-Cafés für eine Bereicherung der Innenstadt.

Insgesamt wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe und Lieferketten stärken. Hierzu braucht es die Förderung digitaler und nachhaltiger Geschäftsmodelle mit regionalem Bezug. Eine zukunftsorientierte Wirtschaftsförderung muss mehr auf kooperative, regionale Wirtschaftsformen setzen, um Arbeitsplätze möglichst krisenfest zu sichern sowie wirtschaftliche und soziale Resilienz zu stärken. Hier möchten wir gezielte Fördermaßnahmen für lokalen und nachhaltigen Tourismus, für kleine und mittlere Unternehmen und Gastronomiebetriebe sowie den regionalen Handel im Dialog entwickeln und sie als lokale Standortfaktoren stärken.

Auch in den kommunalen Betrieben und Beteiligungen wollen wir eine nachhaltige Wirtschaftsweise sowie die Digitalisierung fördern. Eine Privatisierung lehnen wir weiterhin ab, da die Leistungen der Daseinsvor-

sorge in öffentlicher Hand bleiben und kommunale Einflussmöglichkeiten in diesen Bereichen gesichert werden müssen.

4.5 Umlandkooperation - Miteinander statt Gegeneinander

Die Zukunft der Kommunen liegt nicht in der Konkurrenz, sondern in der Zusammenarbeit. Wir setzen daher auf eine gute Kooperation mit unseren Umlandgemeinden.

So hat die grüne Ratsfraktion bereits eine Arbeitsgruppe mit grünen Kolleg*innen aus dem Umland ins Leben gerufen, um sich über wichtige Themen auszutauschen, die gegenseitigen Probleme zu erkennen und daraus regional übergreifende Maßnahmen zu entwickeln. Eine solche konstruktive Zusammenarbeit sollte ausschuss- und ratsübergreifend in thematischen Arbeitsgruppen und Netzwerken angeschoben und weiter verbessert werden. Auch regional vorhandenes bürgerschaftliches Engagement kann so übergreifend genutzt werden.

Die Metropolregion Bremen-Oldenburg wollen wir dabei entsprechend einbinden. Um in den Gremien der Metropolregion eine stärkere Verankerung der gesellschaftlichen Akteur*innen sicherzustellen, treten wir weiterhin für ein transparentes und demokratisches Besetzungsverfahren der Mitglieder ein.

4.6 Existenzgründungen und Start-ups fördern

Gründungen sind wichtige Treiberinnen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und sozial-ökologischer Innovation, besonders im digitalen Bereich. Sie können von Beginn an einen wichtigen Beitrag zum Umbau der Wirtschaft leisten.

Wir setzen uns daher für die verstärkte Förderung von Start-ups aus der Wissenschaft ein. Mit der Carl von Ossietzky Universität und der Jade Hochschule hat Oldenburg eine vitale Basis für eine erfolgreiche Gründungsszene. Oldenburg gilt als Zentrum der Informationstechnologie und der erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie. Mit der Unterstützung von Start-ups in diesem Bereich wollen wir Innovation und Neugründungen in Zukunftstechnologien nachdrücklich voranbringen.

Die städtische Wirtschaftsförderung sollte mit guten Beratungsangeboten, eigenen finanziellen Mitteln, beispielsweise über einen Innovationsfonds, Existenzgründungen und Start-ups unterstützen, die sich auf Ökologie, faire Arbeitsbedingungen sowie Gemeinwohlorientierung ausrichten.

Die Förderung des erfolgreichen Technologie- und Gründerzentrums (TGO) sowie weiterer Initiativen im Unternehmensbereich soll fortgesetzt und in Richtung nachhaltiger Wirtschaftsweise ausgebaut werden.

Da der Frauenanteil an Gründungen immer noch deutlich niedriger ist, wollen wir insbesondere Frauen das Gründen erleichtern und sie bei Förderprogrammen vorrangig berücksichtigen bzw. spezielle Programme für Frauen auflegen, natürlich bei entsprechenden ökologischen und sozialen Zielsetzungen.

4.7 Haushaltspolitik - nachhaltig investieren für die Herausforderungen von morgen

Ziel der Grünen ist eine sozial gerechte und nachhaltige Haushaltspolitik, die dauerhaft zum Wohle der Menschen in eine gute öffentliche Infrastruktur, eine funktionierende öffentliche Verwaltung und den sozialen Zusammenhalt investiert. Eine gute Infrastruktur bedeutet eine vielfältige Ausgestaltung von öffentlichen Räumen und Zugang für alle, damit soziale Teilhabe gelingen kann. Ausgaben für eine ökologisch-soziale Politik müssen ermöglicht und die Schulden unserer Stadt strukturell nachhaltig gestaltet werden.

Wir stehen für eine generationengerechte Finanzpolitik. Das bedeutet auch, dass Investitionen in den Klimaschutz, die Klimafolgenanpassung, die unzureichend instand gehaltene Infrastruktur, eine leistungs-

fähige Stadtverwaltung, den öffentlichen Verkehr und in Bildung, gegebenenfalls auch kreditfinanziert, ermöglicht werden. Denn auch das ist Generationengerechtigkeit und vor allem nachhaltige Finanzpolitik. Jetzt versäumte Investitionen und Ausgaben bedeuten nichts anderes als vielfach höhere Kosten für die nachfolgenden Generationen. Trotz pandemiebedingt gestiegener Ausgaben und Einnahmeausfällen – die aber zum Teil von Bund und Land aufgefangen werden – bedarf es Investitionen in die Zukunft.

Ferner sollte die Stadt in zahlreichen kommunalen Themenfeldern bestehende Förderprogramme des Landes, des Bundes und der EU besser nutzen und damit den städtischen Haushalt stärken.

Die städtischen Finanzen müssen langfristig betrachtet werden. Wir fordern eine Bodenpolitik, die auf den Erhalt des Grund und Bodens und der Immobilien in städtischer Hand und auf einen Ankauf von Grundstücken durch die Stadt setzt. Dadurch verzichtet die Stadt natürlich auf erhebliche Einnahmen durch Grundstücksverkäufe bei gleichzeitig gegebenenfalls noch steigenden Ausgaben für Grundstücksankäufe; langfristig behält sie aber ihre Einflussmöglichkeiten auf Stadtentwicklung, Grundstückspreise, Mieten und vieles mehr. Hierfür ist gegebenenfalls auch eine Nettoneuverschuldung mit Augenmaß in Kauf zu nehmen, statt kurzfristige einmalige Erlöse einzustreichen, letztlich aber mit leeren Händen dazustehen und nur noch sehr geringe Möglichkeiten der Gestaltung der Stadtentwicklung zu haben (siehe Kapitel 3 „Stadtentwicklung“).

Seit jeher ist Gleichstellungspolitik (Abbau von Benachteiligungen, gleiche Teilhabe, freie und selbstbestimmte Lebensgestaltung) Kern grüner Politik. Die Bedeutung ist in Zeiten von COVID-19 nicht kleiner geworden, bedarf aber jetzt noch mehr der Unterstützung durch den Einsatz von Haushaltsmitteln – auch der Kommunen.

Eine geschlechtergerechte Finanzpolitik ist in den Haushaltsprozess zu integrieren. Um dieses kurzfristig umzusetzen, fordern wir eine entsprechende Analyse sowie eine regelmäßige Folgenabschätzung bei allen Maßnahmen, analog zu „finanziellen Auswirkungen“ bzw. „Klimafolgenabschätzungen“ in städtischen Vorlagen.

5. Stadt-Kultur

Kultur gehört zum Profil einer zukunftsorientierten Stadt. Das kulturelle Angebot und seine Vielfalt machen Oldenburg zu einem lebenswerten Ort und stärken die Attraktivität und Einmaligkeit. Deshalb ist die (Weiter-)Entwicklung der kulturellen Angebote als wichtiges Element der Stadtpolitik zu verstehen und zu fördern. Ein zukunftsweisendes Kulturprofil muss die Reichhaltigkeit der Stadtgesellschaft widerspiegeln, kooperativ umgesetzt und finanziert werden.

Wir stehen für Offenheit gegenüber Neuem, Achtung für das Vorhandene, Experimentierfreudigkeit und künstlerische Freiheit und möchten, dass kommunale Kulturpolitik dort unterstützt, wo Kunst und Kultur nicht am Markt bestehen können.

Ziel unserer Kulturpolitik ist es,

- dass viele Kulturen in ihrer Unterschiedlichkeit gefördert werden,
- dass alle Menschen Zugang zu Kultur und kultureller Bildung haben und
- dass Künstler*innen in Freiheit und unter guten Rahmenbedingungen arbeiten können.

5.1 Transparente Kulturförderung

Wir wissen, dass Kultur freie Räume braucht, wo Neues entstehen und sich verbreiten kann. So haben wir in der vergangenen Ratsperiode intensiv an der Neuausrichtung der institutionellen Förderung mitgear-

beitet und werden in den nächsten Jahren maßgeblich dafür sorgen, dass neue und innovative Kultur in Oldenburg unterstützt und gefördert wird – ohne Traditionelles zu vergessen.

Die beratenden Mitglieder des Kulturausschusses sollen als Bindeglied zur Kulturszene deutlich mehr gehört und unterstützt werden. Dabei gilt es, gemeinsam mit den Kreativen einen Beteiligungsprozess zu entwickeln, der alle Akteur*innen mitnimmt und mit Stadtentwicklungsthemen wie Wohnen, Verkehr, Arbeit und Nachhaltigkeit zusammengedacht wird.

Kulturpolitik in Oldenburg braucht den Wandel zu mehr interkultureller Begegnung und größerer Diversität. Wir wünschen uns ein Budget für kulturelle Projekte Geflüchteter, in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Integration und Migration.

5.2 Kultur von allen – Kultur für alle

Ein reiches Kulturleben zeigt am besten, wie bunt unsere Stadt ist. Wir schätzen die Beiträge von Vereinen und Gruppen zum Oldenburger Kulturleben und wollen, dass diese Vielfalt erhalten bleibt. Traditionelle und neue Musik, Projekte zu Film und Fotografie, Theater und bildender Kunst sollen weiterhin durch Vergabe projektbezogener Mittel gefördert werden.

Für uns ist es wichtig, dass der von einem breiten Publikum aufgrund seiner Veranstaltungsvielfalt geschätzte Kultursommer auch weiterhin sein Programm den Bürger*innen so weit wie möglich kostenlos anbietet.

Wir Grünen denken Kunst, Kultur und Bildung zusammen. Kulturelle Bildung bedeutet, Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, verschiedene Kunstformen kennenzulernen und sich im künstlerischen Prozess ihren Fähigkeiten entsprechend zu entfalten. Insbesondere sind sowohl europäischer als auch nichteuropäischer Musik und Literatur Raum zu geben.

Kulturelle Teilhabe ist für alle Oldenburger*innen wichtig, wir dürfen dabei niemanden ausschließen. Daher brauchen wir – wann immer möglich – Gebärdendolmetscher*innen, Blindenleitsysteme, Hörunterstützung, freien Zugang für Rollstuhlfahrer*innen, Toiletten für alle. Kurz: gelebte Inklusion.

Für Menschen mit geringem Einkommen bietet die „Kulturtafel Oldenburg“ kostenlos Plätze, die in Veranstaltungen leer bleiben würden. Die Stadt Oldenburg unterstützt alle genannten Maßnahmen durch eine einfache Bereitstellung von Bildungsgutscheinen. Hier bieten wir Unterstützung insbesondere beim Ausbau des Netzwerks an Veranstalter*innen.

5.3 Raum für Alltagskultur

In Oldenburg finden sich immer mehr nachhaltige und bürger*innennahe Initiativen, denen es um mehr geht als solidarische Hilfe im Alltag oder Unterhaltung; es geht um ein neues – insbesondere auch kulturelles – Ausloten und Erfahren von gemeinschaftlichen Möglichkeiten. Aus unserer Sicht ist es unbedingt Aufgabe einer Kommune, dies nach Kräften zu fördern und zu unterstützen.

Dabei braucht es vor allem Raum – Freiraum zur Umsetzung der Ideen und des Engagements. Die Stadt muss offen und unbürokratisch auf Bedarfe reagieren und Möglichkeiten schaffen. Bereits bei der Planung von öffentlichen Flächen und Immobilien sind solche Freiräume mitzudenken.

Mit „Raum auf Zeit“ (RAZ), zur Vermittlung leerstehender Räume für die Zwischennutzung durch Kunst und Kultur, wurden hier Impulse gesetzt, die gefestigt und ausgeweitet werden müssen. Auch die Aufbauförderung für CREATIVE MASS, die die Kreativen der Stadt vernetzt und sich aktiv der Entwicklung eines Beteiligungsprozesses widmet, muss gesichert werden. Wir unterstützen weiterhin das Kreativ:LABOR der Kulturetage genau wie das wichtige bürgerliche Engagement, etwa in Form von Genossenschaften wie Globe oder Polygenos.

5.4 Vielfältige kooperative Theaterszene

Die freien Theater haben ihren festen Platz in Oldenburg. Neben dem finanziell und personell gut ausgestatteten Staatstheater, insbesondere mit der Exerzierhalle als Spielstätte für Junges Theater, kann auch die freie Theaterszene durch die Neuausrichtung der institutionellen Förderung in der Zukunft von einer nachhaltigen und angemessenen Förderung ausgehen. Denn nur durch Vielfalt ist auch Platz für die Nische, das Experiment, das Abseitige – gesellschaftliche Relevanz bemisst sich nicht allein an Zuschauer*innenzahlen. Um ein ausreichendes Einkommen für Kulturschaffende zu sichern, soll eine Ausrichtung der Förderrichtlinie an der „Art but fair“-Selbstverpflichtung erfolgen, um unseren Anspruch auf ein faires und würdevolles Arbeiten zu dokumentieren und messbar zu machen.

5.5 Erinnerungskultur - kritisch und zukunftsorientiert

Eine lebendige Erinnerungskultur gegen das Vergessen ist unverzichtbarer Teil unseres Kulturverständnisses. Wir fördern eine Kultur der Erinnerung, die sich kritisch und zukunftsorientiert mit unserer Vergangenheit auseinandersetzt. Jüdische Geschichte ist untrennbar mit Oldenburg verbunden, ebenso die von Sinti*zze und Rom*nja. Das Gedenken an die Opfer des Holocaust muss Teil eines aktiven Erinnerns und (Bildungs-)Auftrag für die Zukunft sein. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, Antisemitismus, auch im Alltäglichen, mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten. Präventionsmaßnahmen und sensibilisierende Aus- und Fortbildungen wollen wir gezielt ausbauen.

Als Einwanderungsgesellschaft hören wir die unterschiedlichen historischen Erfahrungen aller Menschen die hier leben. Auch die kritische Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit und der damit verbundenen Verbrechen muss selbstverständlicher Teil unserer Bildungs- und Erinnerungskultur sein. Dies ist Voraussetzung für eine Gesellschaft, in der alle Menschen frei von Diskriminierung und Rassismus leben können. Dekolonisierung von Kultureinrichtungen und des öffentlichen Raums kann dabei nur in enger Zusammenarbeit mit den Nachkommen der ehemals Kolonisierten geschehen.

Zur Unterstützung von Initiativen bei Projekten gegen rechtsgerichtetes Gedankengut ist die Förderung des „Fonds für Toleranz und gegen Faschismus und Rassismus“ (AntiRa-Fonds) durch die Stadt Oldenburg fortzusetzen.

6. Sport

Sport und Spiel leisten einen wesentlichen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sportstätten sind Orte der Begegnung und neben körperlicher Fitness geht es immer auch um das seelische, geistige und soziale Wohlbefinden der Menschen, um Geselligkeit und Teilhabe. Wir unterstützen ausdrücklich das ehrenamtliche Engagement in Vereinen. Dafür arbeiten wir mit Vereinen, Stadtsportbund, Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulsport, Bildungsträgern, Gesundheitsberufen und gewerblichen Sportanbieter*innen partnerschaftlich zusammen. Der Sportentwicklungsplan muss durch den Sportausschuss und Expert*innen „in eigener Sache“ kontinuierlich fortentwickelt werden.

Neben der Förderung des Vereinssports als wichtigem Träger des Breitensports und Förderer des Leistungssports wollen wir auch neuen Projekten genügend Raum geben, sich zu etablieren. Den nicht organisierten Sport wollen wir zum Beispiel durch Schaffung neuer bzw. Erhaltung bestehender Flächen für Spiel, Sport und Bewegung fördern. Ebenso verdienen schon etablierte Gemeinschaften außerhalb von Vereinsstrukturen wie die „Bunte Liga“ Anerkennung und Förderung, insbesondere durch ausreichend geeignete und zentrale Flächen. Das derzeitige Angebot beim BTB Oldenburg auf städtischem Grund muss erhalten bleiben.

Öffentliche Freizeitflächen ermöglichen Begegnungen im Quartier und Aufenthaltsmöglichkeiten abseits von kommerziellen Angeboten. Sie müssen bei der Stadtentwicklung einbezogen werden. Bei der Weiterentwicklung des Freiflächenkonzepts, des Spielplatzkonzepts oder der Schaffung von Flächen für die verschiedenen Rollsportarten setzen wir uns für eine ämterübergreifende Strategie ein.

Intakte städtische Sportstätten sind unverzichtbar für den gesunden Ausgleich zum oftmals bewegungsarmen Alltag. Daher müssen erheblich mehr Ausgaben als bisher für die Instandhaltung und Ausstattung insbesondere von Schulsporthallen eingeplant werden.

Bereits Kindertagesstätten und Schulen müssen als Bewegungsorte zur Gesundheitsförderung verstanden werden. Beim Sport können Kinder Teamgeist und einen fairen Umgang miteinander lernen und soziale Kompetenzen erlangen. Wir unterstützen Sportangebote in der Schule und die Zusammenarbeit von Sportvereinen und Schulen im Bereich der Ganztagsbildung. Wir sehen Sportunterricht als einen wichtigen Bestandteil der Schulbildung; Schüler*innen finden durch Sport einen wichtigen Ausgleich zur Arbeit im Klassenraum und zur digitalen Bildung.

Grüne Sportpolitik ist umweltfreundlich. Nachhaltigkeitskriterien werden bei Planung, Bau, Pflege und Betrieb von Sportstätten berücksichtigt. Energetische Sanierungen müssen gefördert werden. Neubauten wie das neue Schwimmbad am Flöteich werden mit umfassenden Konzepten zur Nutzung regenerativer Energien geplant. Wir setzen uns auch dafür ein, dass Sportveranstaltungen umweltfreundlicher werden, etwa durch die Verwendung von Mehrweggeschirr und die Bereitstellung gesunder und regionaler Verpflegung.

Grüne Sportpolitik ist inklusiv. Wir unterstützen inklusive Angebote und Konzepte für die Vereinsarbeit und die inklusive Ausstattung von Sportstätten für alle Menschen. Wir unterstützen sozialpädagogische Fanprojekte und antirassistische Faninitiativen, die sich für Respekt und gegen Gewalt, Rechtsextremismus, Sexismus und Homophobie einsetzen. Besonders wichtig ist uns auch die Förderung von sportlichen Aktivitäten für Frauen mit Migrationshintergrund. Hierfür ist eine enge Kooperation des Sportamts mit den Fachdiensten für Integration und Inklusion unerlässlich.

Die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig Vereine im organisierten Sport sind. Nach Bewältigung der Pandemie setzen wir uns für ein „Wochenende des Sports“ ein, bei dem sich die Vereine in Oldenburg in der Innenstadt den Bürger*innen präsentieren können. Die Stadtverwaltung muss diese Veranstaltung organisieren.

7. Familie, Kinder, Jugend und Beteiligung

Die Belange der Menschen, die in einer Stadtgemeinde zusammenleben, sind der Ausgangspunkt für unsere kommunalpolitischen Aktivitäten. Hierbei wollen wir Familien, Kinder und Jugendliche besonders in den Blick nehmen. Sie benötigen ein Umfeld, das ihnen Entwicklung, Bildung, Freizeitgestaltung, Sport, soziales Miteinander und Unterstützung bietet. Eine soziale und nachhaltige Politik ist besonders in ihrem Interesse, denn es ist ihre Zukunft, um die es geht. Wir setzen uns für ein familienfreundliches Oldenburg ein und möchten Kindern und Jugendlichen mehr Gehör verschaffen. Ihre Beteiligung an der kommunalen Entwicklung muss sichergestellt werden. Wir brauchen ihre Ideen und Sichtweisen für eine nachhaltige Planung.

7.1 Familie - bunt, vielfältig, gemeinschaftlich

Grüne Familienpolitik unterstützt alle Formen gemeinschaftlicher Lebensweisen. Neben der klassischen „Kernfamilie“ sind das zum Beispiel Patchwork-Familien, Regenbogenfamilien und Alleinerziehenden-Haushalte. Eine Stadt muss Angebote für verschiedene Lebensentwürfe und -situationen bereithalten und

Teilhabe für alle ermöglichen. Gute Ansatzpunkte und Lösungen sind dabei so vielfältig wie die Familien selbst. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass im alltäglichen Zusammenleben vor Ort die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Selbstverständlichkeit ist. Durch den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz muss die Kommune ein bedarfsgerechtes Angebot schaffen. Wir unterstützen die Stadt und die Träger in diesem Prozess und achten besonders auf die Qualität der Angebote. Sie müssen am Bedarf der Familien orientiert sein und die Bedürfnisse der Kinder berücksichtigen.

Die Lebensrealitäten von Patchwork- und Regenbogenfamilien sind unter anderem bei Jugendämtern und Familienberatungsstellen zu verankern. Wir wollen die besonderen Unterstützungsbedarfe von Alleinerziehenden offensiv angehen und den Übergang zwischen den verschiedenen Familienmodellen etwa durch entsprechende Beratungsangebote erleichtern.

Eine familienfreundliche Stadt(entwicklung) ist unser Ziel, die die sozialen Belange aller in den Blick nimmt!

7.2 Kinder - in geschützter Umgebung unbeschwert aufwachsen

Jedes Kind ist gleich wichtig, aber seine Entwicklungschancen sind doch sehr verschieden. Familiäre Situationen, sozialer Hintergrund, Krisen, Erfahrungen durch Flucht oder Zuwanderung der Eltern prägen das Aufwachsen der Kinder. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder ihr Potenzial entwickeln können und sie bei Bedarf Unterstützung erhalten. Die Kommune muss hierfür eine Infrastruktur bereitstellen. Wir setzen uns deshalb ein für:

- **Qualifizierte und verlässliche Betreuung in Krippen und Kindergärten:** Besonders der vermehrte Bedarf an Fachkräften erfordert innovative Lösungen. Betriebliche Einrichtungen zur Kinderbetreuung werden von uns unterstützt. Ebenso wie die Schaffung inklusiver Angebote. Die Stadtverwaltung ist gefordert, für ihre Beschäftigten ein bedarfsgerechtes Angebot zur Kinderbetreuung zu schaffen.
- **Ökologische, regionale und faire Verpflegung in allen Krippen und Kindergärten:** Wir möchten für Kindertagesstätten die gleichen Standards erreichen, die im Mensakonzept für die Schulen festgeschrieben sind. Schon im Vorschulbereich soll dabei der Umgang mit den natürlichen Ressourcen thematisiert werden.
- **Kinderwildnis in Oldenburg:** Um den Bezug von Kindern in der Stadt zu Natur und Ökologie zu fördern setzen wir uns dafür ein, in Oldenburg eine Kinderwildnis zu schaffen. In einer natürlichen Spielumgebung können Kinder selbstständige Naturerfahrungen machen, die naturpädagogisch begleitet und als „grünes Klassenzimmer“ auch Schulklassen zugänglich gemacht werden.
- **Bespielbare Stadt:** Kinder brauchen Platz zum gemeinsamen Spielen und zur selbstständigen Erschließung der Stadt. Dafür braucht es freie, unbebaute Flächen. Wir setzen uns dafür ein, dass mit Hilfe partizipativer Prozesse wie einer Spielleitplanung die Bewegungs-, Aufenthalts- und Spielräume der Kinder erfasst und kindgerecht gestaltet werden.
- **Sichere Fuß- und Radwege:** Kinder sollen sich im öffentlichen Raum selbstständig bewegen können. Wir setzen uns dafür ein, dass Schulwege sicherer werden und Fuß- und Radwege auch aus Kindersicht geplant werden.
- **Temporäre Spielstraßen:** Die zeitweise Einrichtung von Spielstraßen eröffnet neue Entfaltungsmöglichkeiten für Klein und Groß und fördert den nachbarschaftlichen Zusammenhalt. Wir setzen uns für die Entwicklung eines Konzepts für temporäre Spielstraßen ein, das interessierte Eltern- und Anwohner*inneninitiativen unterstützt und die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zur Umsetzung schafft.

- Gewaltfreie Kindheit: Kinder haben ein Recht auf Sicherheit und eine gewaltfreie Erziehung. Wir unterstützen ausdrücklich die Präventions- und Interventionsarbeit in Oldenburg.
- Überwindung von Kinderarmut: An einem Runden Tisch soll eine Strategie zu Kinder- und Jugendarmut in Oldenburg entwickelt werden. Hier sollen Akteur*innen zusammengeführt werden, die jenseits der Grenzen von Zuständigkeiten ein gemeinsames Konzept erstellen.

7.3 Jugend - Angebote schaffen, Freiheiten lassen

Jugendliche haben eigene Sichtweisen und Wünsche. Ihre Forderungen und Vorstellungen zu Gesellschaft und Politik benötigen Raum und Sichtbarkeit. Wir setzen uns für ein passendes Umfeld in Oldenburg ein. Das neue Haus der Jugend und die personelle Verbesserung in den Freizeitstätten sind zwei wesentliche Ergebnisse unserer Ratsarbeit. Dafür setzen wir uns auch in Zukunft ein:

- Sportstätten erhalten: Sportstätten sind ein wichtiger Treffpunkt für Jugendliche. Wir wollen dafür sorgen, dass Sportplätze, Skateanlagen, Turnhallen und Schwimmbäder in einem guten Zustand sind und bleiben und als attraktive Treffpunkte für Jugendliche wahrgenommen werden.
- Freizeitstätten stärken: Freizeitstätten sind ein wichtiger Ort um sich auszutauschen, gemeinsam aktiv und kreativ zu sein. Wir setzen uns für eine gute personelle und sachliche Ausstattung der Freizeitstätten ein.
- Jugendverbandsarbeit fördern: Die Jugendverbandsarbeit ist eine tragende Säule der gesamten Jugendarbeit in der Stadt Oldenburg. Wir setzen uns dafür ein, dass die verbandliche Jugendarbeit als eigener Förderschwerpunkt anerkannt wird.

7.4 Kinder- und Jugendbeteiligung - selbstbestimmt von Anfang an

Die Kinder- und Jugendbeteiligung hat in Oldenburg – nicht zuletzt durch unsere Ratsarbeit – bereits einen hohen Stellenwert. Mit der Einrichtung des Kinder- und Jugendbüros gibt es hierfür Ansprechpartner*innen und einen festen Ort. Das reicht jedoch nicht, denn Partizipation braucht ein Konzept, das die Beteiligung in allen Bildungseinrichtungen, von der Krippe über den Kindergarten bis zu den Schulen als Selbstverständlichkeit verankert.

Auch außerhalb der Bildungsinstitutionen sollen bestehende Beteiligungsformen evaluiert, erweitert und neue Formen geschaffen werden. Es soll gerade den Jugendlichen ermöglicht werden, selbstständig und eigenverantwortlich ihre Bedürfnisse an Partizipation an der Stadtgesellschaft zu formulieren und einzubringen. Hier hat die Stadt die Aufgabe, den Austausch anzustoßen, eine Plattform anzubieten und (finanzielle) Unterstützung für selbstorganisierte Prozesse und Projekte zu realisieren.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist über die „klassischen“ Themen wie Spielplätze und Bildung hinaus zu erweitern. Auch in der Stadtentwicklung, bei der Verkehrsplanung und dem Klimaschutz haben Kinder und Jugendliche mitzureden!

7.5 Bürger*innenbeteiligung - gemeinsam stark

Die Stadt Oldenburg ist in Sachen Bürger*innenbeteiligung schon ordentlich aufgestellt. Aber da geht noch mehr!

Die Bürger*innenbeteiligung in Oldenburg ist mit einem Gesamtkonzept zu hinterlegen, welches alle Maßnahmen bündelt und auf eine fachlich fundierte Basis stellt. Mit einer Stabsstelle sollen innovative Wege beschritten werden, die Bürger*innen in die Stadtgestaltung einbeziehen und bürgerschaftliches Engage-

ment fördern. Sie ist Ansprechpartnerin für Bürger*innen, aber auch für städtische Einrichtungen und Ämter, um Partizipationsprozesse zu entwickeln, zu organisieren und öffentlich sichtbar zu machen.

Die Einrichtung von Bürger*innenforen ist ein spannendes Instrument zur partizipativen Teilhabe, um allen Bürger*innen ausreichend Gehör und Repräsentanz zu verschaffen. Die Stadt Oldenburg bietet sich sowohl aufgrund ihrer Größe als auch aufgrund der Vielzahl engagierter Bürger*innen an, um ein Bürger*innenforum zu erproben.

8. Bildung

Kinder und Jugendliche lernen an verschiedenen Orten und bei vielen Gelegenheiten: in der Familie, der Freizeit, in der Peergroup, durch Medien, in der Kita und in der Schule.

Gute Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben und schafft das notwendige Wissen für die Zukunft, um einen sozial-ökologischen Wandel gestalten zu können. Zudem sichert Bildung gesellschaftliche Teilhabe. Nur mit einer klugen Bildungspolitik wird es gelingen, die Herausforderungen jetzt und in Zukunft zu bewältigen.

Für Oldenburg werden wir uns dafür stark machen, dass Bildungspolitik weiter höchste Priorität genießt und wir die Aufgaben in Zusammenarbeit mit Schüler*innen, Eltern und Schulen gemeinsam lösen. Konkret fordern wir:

- Mehr Kitaplätze zu schaffen.
- Den Ausbau von Ganztagsgrundschulen zu fördern.
- Allen Kindern Zugang zu einem inklusiven Bildungssystem zu geben.
- Die Unterstützung einer inklusiven Bildung durch niedrigschwellige Jugendhilfeangebote, Schulbegleitung und Vernetzung von Schulen mit außerschulischen Bildungspartner*innen.
- Die Verteilung von Ressourcen über einen Sozialindex.
- Die partizipative Erarbeitung eines Konzepts für die geplante neue Schule auf dem Fliegerhorst.
- Die Digitalisierung der Schulen auf Grundlage von ganzheitlichen und pädagogischen Konzepten.
- Die Unterstützung von Schulen beim Aufbau von Schulgärten.
- Kita- und Schulverpflegung mit fairen, regionalen und saisonalen Bio-Produkten.
- Die Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung, etwa zu Klima- und Umweltschutz, Mobilität, Ernährung und Konsum.

8.1 Bildungsregion und Schulentwicklungsplanung

Wir wollen mit allen Beteiligten eine partizipative Schulentwicklungsplanung gestalten, um zentrale Fragen in unserer Stadt zu bearbeiten. Dazu gehören z.B. die Situation der Oberschulen, Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen, der Ausbau der Ganztagsgrundschulen oder das städtische Inklusionskonzept. Dabei legen wir Wert auf eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Kita, Schule, Eltern, Schüler*innenschaft, der Jugendhilfe, dem Regionalzentrum Inklusion, den Hochschulen und außerschulischen Bildungsträgern.

Durch den Ausbau von Ganztagsgrundschulen sind Schulen und außerschulische Einrichtungen gefordert, ihre Aufgaben neu auszurichten und stärker zusammenzuarbeiten. Dafür sind die Verknüpfung mit Angeboten im Stadtteil und außerschulische Kooperationen unerlässlich. Wir wollen diese Vernetzungen fördern und

bedarfsgerecht weiterentwickeln, um eine kommunale Bildungslandschaft mit vielfältigen Partner*innen und langfristigen Konzepten zu gestalten.

8.2 Inklusion konkret umsetzen

Gute Bildung für alle braucht einen gleichberechtigten Zugang zu einem inklusiven Bildungssystem. Wir wollen Kitas und Schulen, in denen Kinder unabhängig von sozialem, kulturellem und ökonomischem Hintergrund und unabhängig von ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten miteinander lernen. Wir streben eine möglichst lange gemeinsame Schulzeit sowie die konsequente Umsetzung der Inklusion an. Ein inklusives Bildungssystem sortiert Kinder nicht aus, sondern richtet seine Strukturen und seine Arbeit auf die Vielfältigkeit der Schüler*innen aus.

Wir Grünen unterstützen ausdrücklich die Arbeit der AG Inklusion an Oldenburger Schulen, die in einem breiten Bündnis regelmäßig Empfehlungen für die schulische Bildung erarbeitet. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Empfehlungen durch Ratsbeschlüsse umgesetzt werden. Besonders unterstützen wir:

- Den barrierefreien Ausbau der Schulen.
- Die Weiterentwicklung aller Oldenburger Schulen zu inklusiven Schulen mit verbindlichen Konzepten für alle Schüler*innen.
- Ein Budget für Schulbegleitung für alle Oldenburger Schulen im Rahmen der Eingliederungshilfe mit einer bedarfsgerechten Verteilung.
- Eine Begleitung für Kinder mit Unterstützungsbedarf für die Übergänge zwischen Kita, Grundschule, Sekundarstufen sowie in die weitere berufliche Bildung.
- Die Weiterentwicklung des regionalen Zentrums für Inklusion als multiprofessionelles Kompetenzzentrum zur Unterstützung von Kitas, Schulen, Fachkräften und Eltern.
- Den Ausbau von Beratungs- und Hilfsangeboten zur Inklusion, Förderung, Therapie, Pflege und finanziellen Unterstützung für Familien und Schulen.

8.3 Digitalisierung gestalten

In Deutschland sind die Kommunen für die Ausstattung der Schulen vor Ort verantwortlich. Dazu gehört auch die Digitalisierung, welche Schule maßgeblich verändern wird. Schulen stehen vor der Herausforderung, jungen Menschen Kompetenzen für diese neuen Zukunftsaufgaben mit auf den Weg zu geben. Ziel ist eine reflektierte Nutzung und ein kompetenter Umgang mit digitalen Medien.

Schulen müssen in ihrer pädagogischen Verantwortung einen altersangemessenen und sinnvollen Einsatz von digitalen Medien sicherstellen. Wir fordern daher vom Land Niedersachsen die Erarbeitung eines didaktisch-methodischen Rahmenkonzepts zur digitalen Bildung unter Einbeziehung von Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern. Vom Schulträger fordern wir Standards zur technischen Ausstattung und eine Unterstützung der Schulen bei der Erstellung von pädagogischen Konzepten. Die Beschaffung der Endgeräte soll sich an Nachhaltigkeitskriterien orientieren. Dabei kommt es nicht auf die Einheitlichkeit der Endgeräte, sondern auf eine einheitliche, zuverlässige IT-Infrastruktur an. Die Finanzierung und Umsetzung des bereits existierenden IT-Entwicklungsplans für Oldenburger Schulen muss sichergestellt werden.

Außerdem fordern wir Personalstellen für den technischen Support für alle Schulen. Einseitige Abhängigkeiten von IT-Anbietern sind auszuschließen und Open Source ist Vorrang zu gewähren.

8.4 Bildung für nachhaltige Entwicklung

Angesichts der Klimakrise muss auch unser Bildungssystem nachhaltiger werden. Die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist eine Querschnittsaufgabe für alle Schulfächer, die für Umwelt, Klima und globale Gerechtigkeit von Bedeutung sind. Außerschulische Lernorte wie das regionale Umweltbildungszentrum Oldenburg (RUZ) sind wichtige Akteur*innen bei der strukturellen Verankerung von BNE. Wir fordern daher den Ausbau des RUZ mit mehr pädagogischen Mitarbeiter*innen und größeren, barrierefreien Räumen.

Außerdem unterstützen wir die Forderung der Fridays for Future-Bewegung Oldenburg, ein Leitbildprojekt für klimaneutrale Schulen mit den Bereichen Ernährung/Schulverpflegung, Energie und Mobilität auf den Weg zu bringen.

8.5 Gemeinschaftsverpflegung - regional, bio, fair

Wir setzen uns für eine regionale, saisonale, ökologische und faire Gemeinschaftsverpflegung in Kitas und Schulen ein. Diese ist gut für den Klima-, Umwelt- und Tierschutz und Ausdruck von Wertschätzung unserer Lebensmittel. Allein an den Schulen der Stadt Oldenburg werden jährlich ungefähr 600.000 Mahlzeiten ausgegeben. Diese Zahl wird langfristig durch den Ausbau weiterer Ganztagschulen und eine allgemein steigende Nachfrage auf bis zu 1.000.000 Mahlzeiten ansteigen.

Im Rahmen der AG Schulverpflegung der Stadt Oldenburg haben wir uns an der Erarbeitung des Mensakonzepts für die Oldenburger Schulen beteiligt. Wir begrüßen ausdrücklich das bereits vom Rat verabschiedete Rahmenkonzept. Wir werden die Umsetzung kritisch begleiten und uns dafür einsetzen, dass der Anteil an ökologischen, fairen und regionalen Lebensmitteln stetig wächst.

8.6 Pädagogische Architektur bei Sanierung und Neubau

Investitionen in den Bau von Bildungseinrichtungen sind Investitionen in die Zukunft. Der Bedarf an Sanierungen ist unverändert hoch. Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte und hochwertige Sanierung unserer Bildungseinrichtungen in Zusammenarbeit mit den Akteur*innen vor Ort ein. Fortschrittliche Schulbauten müssen den Lern- und Lehranforderungen der Zukunft entsprechen und daher anders geplant und gebaut werden. Raumkonzepte müssen mit Blick auf Ganztagsbetreuung, Inklusion und Digitalisierung neu gedacht werden.

Der geplante Schulneubau auf dem Fliegerhorst bietet eine großartige Chance, in Oldenburg mit der entsprechenden Architektur eine hochwertige und zeitgemäße Bildung für alle zu installieren. Um den Schulbau auf die aktuellen gesellschaftlichen und pädagogischen Anforderungen auszurichten, setzen wir uns dafür ein, dass frühzeitig und gemeinsam mit Expert*innen aus Pädagogik, Architektur, Planung und Verwaltung ein Konzept für eine Modellschule erarbeitet wird.

Zudem möchten wir auch die Schulhöfe weiterführender Schulen ganzheitlicher denken und entwickeln. Diese öffentlichen Räume sollen während der Schulzeit für die Schüler*innen und anschließend für alle Altersgruppen ein Ort der Begegnung, des Sports und der Erholung sein. Es können durch eine bedarfsgerechte Umgestaltung kleine grüne Quartiersparks entstehen, in denen Insekten Nahrung finden, Vögel in grünen Fassaden nisten, aber auch musiziert und gespielt werden kann.

8.7 Kita, Grundschulen, Ganztag - gerechte Bildungschancen von Anfang an

In den Kitas werden die Weichen für gerechte Bildungschancen gestellt. Wir wollen eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb ist es besonders wichtig, dass für die jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft gut gesorgt wird und sie die besten Bedingungen vorfinden.

Im Kita-Bereich unterstützen wir vehement die Forderungen unserer grünen Landesvertretung:

- Intensive Sprachförderung.
- Sicherung der Qualität in Kitas durch ausreichend Fachkräfte.
- Bis August 2022 Belegung aller Gruppen mit 21 Kindern, betreut von drei Fachkräften.
- Erhöhung der Verfügungszeit auf 10 Wochenstunden.
- Eine heilpädagogische Fachkraft pro Gruppe, um den Anforderungen der inklusiven Arbeit gerecht zu werden.
- Förderung der Gewinnung von Fachkräften und Ausbildung.

Aufbauend auf den 1.000 neu geschaffenen Kita- und Krippenplätzen durch die 4. Fortschreibung des Kindertagesstättenausbaus vom Juni 2018 möchten wir auch in Zukunft für eine ausreichende Anzahl an Betreuungsplätzen sorgen.

8.8 Integrierte Gesamtschulen, Oberschulen, Gymnasien, Förderschulen

Wir halten die Integrierten Gesamtschulen (IGS) mit gemeinsamem Lernen aller Schüler*innen, dem langen Verzicht auf Noten und Sitzenbleiben für die zurzeit beste Schulform und für eine echte Alternative zum gegliederten Schulsystem. In Oldenburg haben wir mit dem Ausbau der IGS Flötenteich mehr Plätze für Oldenburger Schüler*innen geschaffen. Dennoch liegen die Anmeldezahlen weiterhin über den Kapazitäten der drei Oldenburger IGSen. Das muss sich langfristig ändern. Alle Schüler*innen, die sich einen IGS-Platz wünschen, sollen ihn bekommen können.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Schulentwicklungsplanung für die Stadt gemeinsam mit allen Akteur*innen aus der Bildungslandschaft kontinuierlich, prozessorientiert und ergebnisoffen diskutiert und beschlossen wird. Wichtig ist uns ein zielgerichteter Übergang zwischen den Bildungseinrichtungen und Unterstützungssystemen sowie ein planvoller und flexibler Einsatz von Personal und Ressourcen.

8.9 Berufliche Bildung und lebenslanges Lernen

Für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen soll der Weg in eine qualifizierte Berufstätigkeit und/oder in eine berufliche Weiterentwicklung gewährleistet sein. Das duale System der Berufsausbildung mit der Verbindung von schulischem Lernen und betrieblicher Praxis ermöglicht vielen jungen Menschen eine hohe Qualifikation und umfassende Kompetenzentwicklung. Wir unterstützen die berufsbildenden Schulen im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten bei der Digitalisierung und Ausstattung der Räume. Außerdem setzen wir uns auf Landesebene dafür ein, dass zukunftsfähige, vorbildliche Projekte mehr Unterstützung erfahren und ausgebaut werden können.

Wir unterstützen die Volkshochschule Oldenburg mit ihrem vielfältigen Kursangebot für Menschen jeden Alters zum Erwerb von Bildungsabschlüssen, zur Alphabetisierung, zum Lernen von Lesen, Schreiben oder Rechnen nach Abschluss der Schulzeit, zum Erwerb digitaler Kompetenzen oder zur Bildung zu Themen der Persönlichkeitsentwicklung und Nachhaltigkeit.

9. Sozialpolitik

Oldenburgs Gesellschaft ist vielfältig. Gegenseitige Anerkennung und Wertschätzung ist grüner Leitgedanke. Unser Ziel ist, dass alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Religion, einer Behinderung oder Erkrankung, sozialem Status, Lebensform und sexueller Orientierung umfassende Teilhabemöglichkeiten haben.

Deshalb fordern wir eine gerechte soziale Infrastruktur, die sich durch Angebote aus städtischer Hand, freier Trägerschaft und ehrenamtlichem Engagement auszeichnet. Uns ist die systematische Erfassung und Weiterentwicklung der integrierten Sozialberichterstattung wichtig, denn nur so können fundierte politische Entscheidungen getroffen werden. Wir wollen Angebote und Maßnahmen kontinuierlich auf ihre Wirksamkeit überprüfen und erforderlichenfalls erweitern oder verändern. Deshalb unterstützen wir den aktuell vorliegenden Konzeptentwurf zur „Sicherung von Versorgung, Pflege und Wohnen im Stadtteil und Quartier für Alt und Jung“ und die Umsetzung des ersten Projekts für Kreyenbrück/Bümmerstede.

Für uns ist es selbstverständlich, dass Expert*innen in eigener Sache stets rechtzeitig und umfänglich an Veränderungsprozessen beteiligt werden.

9.1 Gesundheitsversorgung im Oberzentrum - nur mit Universitätsmedizin

Oldenburg ist im Bereich der Gesundheitsversorgung das Oberzentrum im Nordwesten. Die Krankenhauslandschaft in Oldenburg ist bundesweit einzigartig, denn die Krankenhäuser haben ihre Leistungen seit Jahrzehnten aufeinander abgestimmt. Somit können Konkurrenzsituationen vermieden werden. Die rehabilitative Medizin wird entsprechend dem „Oldenburger Modell“ durch eine von den Oldenburger Krankenhäusern gegründete Reha-Klinik erbracht und ständig weiterentwickelt. Die wohnortnahe Rehabilitation wird von uns sehr begrüßt, insbesondere der Ausbau der geriatrischen Rehabilitation. Ein weiterer Baustein ist im Bereich der Aus- und Weiterbildung für medizinisches Fachpersonal durch das gegründete Hanse Institut gelegt worden. Durch Qualifizierung erhalten Mitarbeitende am Standort Oldenburg Perspektiven. Ein Meilenstein in der Gesundheitsversorgung ist der Ausbau der Universitätsmedizin (European Medical School) mit dem Ziel, dass Oldenburg in diesem Bereich ein vollwertiger Standort wird. Ein weiterer Ausbau der Studienplätze ist für uns ebenfalls maßgebend. Gemeinsam mit den Grünen auf Landesebene werden wir die Weiterentwicklung des Medizinstandorts Oldenburg forcieren.

9.2 Kommunaler Gesundheitsdienst - wesentlicher Baustein im Gesundheitsnetz

Das städtische Gesundheitsamt erfüllt zahlreiche wichtige, gesetzlich verankerte medizinische Versorgungsaufgaben. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass den kommunalen Gesundheitsämtern besondere Bedeutung beizumessen ist. Wir fordern eine qualitative und quantitative personelle Verstärkung des Gesundheitsamts, um präventiv handeln zu können und die Bevölkerung zu schützen. Außerdem fordern wir eine moderne digitale Ausstattung des Gesundheitsamts. Beispielsweise muss die Software SORMAS unserer Auffassung nach auch in Oldenburg eingesetzt werden, um eine regionsübergreifende Vernetzung zu ermöglichen.

9.3 Pflege - gute und vielfältige Angebote

Wir wollen Vorschläge erarbeiten, um den Mangel an Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätzen zu beheben. Wir möchten uns dafür stark machen, die Oldenburger Versorgungsregion mit vielfältigen Angeboten transparenter darzustellen und Versorgungslücken zu schließen.

Wir wollen auch die personelle Situation in den Krankenhäusern in den Blick nehmen und hier dem Fachkräftemangel an Pfleger*innen durch flankierende Maßnahmen entgegenreten.

Die kommunale Heimaufsicht ist aus unserer Sicht nicht ausreichend ausgestattet. Gerade mit Blick auf den demografischen Wandel wollen wir hier verbesserte Strukturen schaffen.

9.4 Demografischer Wandel - gerne älter werden in Oldenburg

Die Stadt Oldenburg ist trotz ihres Bevölkerungszuwachses vom demografischen Wandel betroffen, denn der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen steigt. 2019 betrug ihr Anteil 19 Prozent an der Gesamtbevölkerung Oldenburgs. Dieser Anteil wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Das Älterwerden der Bevölkerung geht zuweilen mit Vereinzelung, also mit dem Anstieg der Ein-Personen-Haushalte, einher. Wir wollen, dass ältere Oldenburger*innen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Vereinsamung und Isolation wollen wir durch gezielte Maßnahmen und Angebote verhindern. Eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung ist gerade für die älter werdende Bevölkerung wichtig. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass dies in Oldenburg gewährleistet wird. Die vorhandenen Netzwerke und sozialen Bindungen wollen wir erhalten und stärken.

Die Oldenburger Demografiestrategie bietet Chancen, dem demografischen Wandel gerecht zu werden. Wir sehen dazu folgende Schwerpunkte in der nächsten Ratsperiode:

- Förderung von generationsübergreifenden Wohnprojekten und barrierefreiem Wohnen.
- Ausbau von öffentlichen Orten zur Begegnung, sowohl drinnen als auch draußen.
- Ausbau von Unterstützungsangeboten, z.B. haushaltsnaher Dienstleistungen für ältere Menschen in den Quartieren, sowie der Treffpunkte der „offenen Altenhilfe“, insbesondere auch der kultursensiblen Altenhilfe.
- „Wohnen für Hilfe“: Ein Modellprojekt „Wohnen für Hilfe“ soll in Oldenburg von der Stadt aus initiiert werden.
- Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Nahverkehrs insbesondere für ältere Menschen.
- Förderung alternativer Angebote wie z.B. den Wohnungstausch.
- Ausbau der Barrierefreiheit: Der Zugang zu öffentlichen Einrichtungen, ob sozial oder kulturell, muss allen ermöglicht werden.

9.5 Sucht ist Teil der Gesellschaft - Beratungs- und Hilfsangebote verbessern

Im Mai 2019 wurde das Gesamtkonzept „Niedrigschwellige Wohnungslosen- und Suchthilfe“ im Rat verabschiedet, das bereits zu einer wesentlichen Verbesserung der Situation für Suchtkranke und Wohnungslose geführt hat.

Die Umsetzung der Maßnahmen bedarf unserer weiteren Begleitung und Überprüfung. Das Konzept sieht noch weitere Schritte vor, die wir in der kommenden Ratsperiode umsetzen wollen:

- Wohnraumsicherung der unter 25-Jährigen.

- Schaffung neuer Notschlafplätze.
- Vorhaltung von Plätzen für Wohntrainingsmaßnahmen.
- Schaffung tagesstrukturierender Angebote.
- Tagesstätte für Suchterkrankte (Landesmittel).
- Einrichtung eines Druckraums und eines Szeneplatzes.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Zunahme von Spielhallen in Oldenburg endet. Aufgrund unserer Initiative wurde die Stadt beauftragt, für das ganze Stadtgebiet ein Konzept zu erarbeiten. Dabei steht der Kinder- und Jugendschutz für uns an erster Stelle.

9.6 Arbeit und Beschäftigung in Oldenburg - zukunftsorientiert und digital

Oldenburg bietet vielen Menschen Arbeit und Beschäftigung. Dennoch gelingt es nach wie vor besonders langzeitarbeitslosen Menschen oft nur schwer, wieder eine Arbeit zu finden. Unser besonderes Augenmerk richten wir auf ihre Unterstützung und auf spezifische Fördermöglichkeiten.

Die Qualifikationen und Fähigkeiten arbeitssuchender Menschen sind unterschiedlich, weshalb sie vielfältige Unterstützung, Beratung und Begleitung benötigen. Dies wird auch in der Arbeitsmarktintegration aktuell zugewanderter Geflüchteter deutlich. Wir wollen, dass alle Menschen in Oldenburg eine Perspektive auf angemessen bezahlte Arbeit und Beschäftigung erhalten. Die Maßnahmen zur Qualifizierung durch die Agentur für Arbeit, das Jobcenter und kommunale Anbieter müssen aufeinander abgestimmt werden.

Dafür setzen wir uns ein:

- Unterstützung bei der Digitalisierung in öffentlichen Einrichtungen und Institutionen.
- Weiterführung der konsequenten Begleitung und Vermittlung von Jugendlichen in Ausbildung durch die Stadt Oldenburg (Team Wendehafen).
- Die Förderung von „ProConnect“, deren Ziel die Vermittlung Geflüchteter in Ausbildung und Arbeit ist, und weiterer durch die Stadt geförderter Projekte zur Aktivierung von Erwerbslosen.
- Unterstützung der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg ALSO als unabhängige Anlaufstelle für Erwerbslose bzw. von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen.
- Regelmäßige Berichterstattung des Jobcenters und der Agentur für Arbeit über die Entwicklung der Arbeits- und Ausbildungsplatzperspektiven im Sozialausschuss, denn die Pandemie hat erhebliche Folgen für den Arbeitsmarkt.

9.7 Wohnen - bezahlbares Wohnen muss sein

Die Schaffung von preiswertem Wohnraum ist eine zentrale Aufgabe von Stadt, Land und Bund. Trotz der vom Rat beschlossenen Förderprogramme zur Bereitstellung von preiswertem Wohnraum gibt es zurzeit noch keine nennenswerte Entspannung auf dem Mietwohnmarkt.

Dem wollen wir entgegenzutreten, u.a. durch die Umsetzung einer anderen Bodenpolitik der Stadt Oldenburg. Wir fordern deshalb, städtische Grundstücke auf Erbpacht anzubieten, denn städtische Flächen sollen möglichst im Eigentum der Stadt verbleiben (siehe Kapitel 3.4 „Wohnen“).

9.8 Grauer Wohnungsmarkt - Wohnen ist Menschenrecht

Wohnen ist ein Menschenrecht. Ausnutzung von Menschen in schwierigen Lebenssituationen durch stark überhöhte Mieten und teilweise inakzeptable räumliche Bedingungen muss verhindert werden. In der jetzigen Ratsperiode kam der katastrophale Zustand des Oldenburger Grauen Wohnungsmarkts ans Tageslicht und wurde von uns politisch aufgegriffen. Wir werden nicht nachlassen und wollen uns in der kommenden Ratsperiode weiter dafür einsetzen, dass vorhandene Wohnangebote verbessert und neue menschenwürdige Angebote geschaffen werden.

9.9 Inklusion - Teilhabe für alle

Der Kommunale Aktionsplan Inklusion und die darin vorgeschlagenen Maßnahmen sind in der Umsetzung. Diese umfassen alle Handlungsfelder, wie z.B. Wohnen, Verkehr, Arbeit, Bildung und Freizeit.

Oldenburg will Inklusion. Für das Gelingen wollen wir uns weiterhin stark machen. Oldenburg barrierefrei zu gestalten, ist unser Ziel und gehört zu unserem Selbstverständnis als inklusive Partei. Daher fordern wir eine simultane Übersetzung des gesprochenen Wortes in Gebärdensprache für die Stadtratssitzungen. Dies gibt gehörlosen Menschen die Möglichkeit, aktiv die Politik am gesprochenen Wort zu verfolgen und nicht nur in Protokollen nachzulesen.

Seit 2018 etabliert sich die EUTB, die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung – angedockt beim seGOLD e.V. – anbietet. Dieses besondere, vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales geförderte, Projekt wird von den Betroffenen gut in Anspruch genommen und sollte ein fester Bestandteil im Oldenburger Beratungsnetz werden.

9.10 Integration - unsere Stadt für alle

Eine Stadt für alle, das ist unser Leitgedanke für Oldenburg. Oldenburg hat sich wie viele andere Städte auch zum „sicheren Hafen“ erklärt. Wir fordern, geflüchteten Menschen eine Perspektive zu geben, und unterstützen weiterhin das Engagement der Oldenburger Seebrücke. Geflüchtete Menschen sollen in Oldenburg dezentral wohnen. In diesem Sinne lehnen wir auch die Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Blankenburg ab und setzen uns dafür ein, sie nach Möglichkeit aufzulösen. Bis dahin wollen wir die Bewohner*innen so gut wie möglich unterstützen, u.a. durch eine geeignete Verkehrsanbindung.

Die gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft wie Wohnen, Bildung, Arbeit, Gesundheit und Kultur ist und bleibt unser Ziel!

Auf städtischer Ebene muss das Amt für Zuwanderung und Integration die ständige Aufgabe hauptverantwortlich steuern und organisieren. Die Integrationsbeauftragte ist für die Weiterentwicklung des Integrationskonzepts zuständig. Die Fortschreibung erfolgt in einem kontinuierlichen Beteiligungsprozess. Wir wollen den steten Wandel der Gesellschaft weiterhin in unserer sozialpolitischen Arbeit mit dem Ziel der gleichberechtigten Teilhabe abbilden.

Professionelle Anbietende von Beratung und Bildung sowie ehrenamtlich Engagierte tragen maßgeblich dazu bei, dass zugewanderte Menschen gute Chancen in Oldenburg bekommen. In einer offenen Gesellschaft gilt es, Räume für Begegnungen zu schaffen und für gegenseitigen respektvollen Umgang einzutreten. Wir fordern daher insbesondere den Ausbau der Gemeinwesenarbeit und der Stadtteilzentren ein.

10. Frauen- und Gleichstellungspolitik

Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist Grundsatz unserer Politik. Der Grundgedanke einer konsequenten Förderung und Teilhabe aller Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht prägt unser politisches Handeln.

Stereotype Rollenzuschreibungen bestimmen immer noch – wenn auch oft unterschwellig – unser tägliches Leben und Tun. Wir kämpfen für eine freie Gesellschaft, in der das eigene Geschlecht allein von der Selbstdefinition abhängt und der soziale Status nicht daran festgemacht wird, wie ein Mensch sich verhält oder aussieht. Gesellschaftlich vorgegebene Rollenzwänge wollen wir überwinden.

Um die unterschiedlichen Lebenssituationen und Bedürfnisse aller Menschen zu berücksichtigen und Ungleichbehandlungen offenzulegen und zu beseitigen, sind geschlechterdifferenzierte Daten unverzichtbar. Dazu wollen wir einen digitalen Gleichstellungsmonitor auf den Weg bringen, der allen Oldenburger*innen zugänglich ist. Dieser Datenreport soll die Entwicklung der Gleichstellung von Frauen und Männern in verschiedenen Politik- und Lebensbereichen erfassen und analysieren, um langfristige Veränderungen in der Lebenssituation insbesondere von Frauen aufzuzeigen.

10.1 Für eine geschlechtergerechte Sprache

Gleichberechtigung der Geschlechter muss in der Sprache sichtbar werden. In und mit Sprache drücken sich gesellschaftliche Norm- und Wertvorstellungen aus. Unsere Wahrnehmungen werden durch sie geprägt und Realitäten geschaffen. Wenn in Wort und Schrift nur die männliche Form verwendet wird, sind Frauen, trans*, Inter*- und nonbinäre Personen nicht präsent. Wir setzen uns daher für eine geschlechtergerechte Sprache ein, durch die sich Frauen und Männer und auch Menschen, die sich einem dritten Geschlecht zuordnen oder nicht-binär positionieren, gleich angesprochen fühlen und von Lesenden und Zuhörenden gleichwertig mitgedacht werden. Eine geschlechtergerechte Sprache in behördlichen Briefen, Vorlagen und Verlautbarungen unserer Stadt ist unser Ziel.

10.2 Strukturelle Ungleichheit beseitigen

Nach wie vor sind Frauen – ebenso wie trans*, Inter*- und nonbinäre Personen – in der Gesellschaft und in ihrer beruflichen Entwicklung benachteiligt. Frauen sind in den oberen Führungsebenen in Wirtschaft, Politik und Verwaltung unterrepräsentiert. Immer noch verdienen sie durchschnittlich wesentlich weniger als ihre männlichen Kollegen und auf der anderen Seite leisten sie den Großteil der unbezahlten Sorge- und Pflegearbeit.

Wir wollen deshalb strukturelle Diskriminierungen wie beispielsweise die sogenannte „Teilzeitfalle“ systematisch angehen und setzen uns für flexiblere Arbeitszeitmodelle sowie für mehr Teilzeit für Männer ein.

Wir fordern die Einführung einer Frauenquote von mindestens 50 Prozent in allen Führungsebenen der Verwaltung, insbesondere auf der Ebene der Amts- und Fachdienstleitungen. Hierzu gehört auch eine konsequente Förderung von Menschen in Elternzeit und ihren Einbezug in Weiterbildungsmaßnahmen der Stadtverwaltung.

Auch in den städtischen Unternehmen und Beteiligungen fordern wir für die Leitungsgremien und Aufsichtsräte eine Frauenquote von mindestens 50 Prozent.

Mit einer gleichstellungsorientierten Haushaltspolitik wollen wir Geld gezielter einsetzen und Rahmenbedingungen so gestalten, dass die verschiedenen Lebenssituationen und Bedürfnisse der Oldenburger*innen berücksichtigt werden.

10.3 Veränderungen der Arbeitswelt geschlechtergerecht gestalten

Für Frauen können die erweiterten Möglichkeiten für flexibles Arbeiten eine Chance zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein. Gleichzeitig gilt es zu verhindern, dass unter dem Deckmantel besserer Vereinbarkeit Frauen zunehmend ins Home-Office gedrängt werden. Um eine Mehrfachbelastung zu verhindern, setzen wir uns für Wahlmöglichkeiten beim Arbeitsort städtischer Mitarbeiter*innen ein. Da eine geringere Präsenz am Arbeitsplatz innerhalb der Verwaltung oft schlechtere Beurteilungen und Karriere-chancen nach sich zieht, bedarf es einer Veränderung der Beurteilungskriterien sowie der Fortbildung von Führungskräften in der Stadtverwaltung unter dem Blickwinkel der Geschlechtergerechtigkeit und des Führens auf Distanz.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Möglichkeiten für das mobile Arbeiten bzw. das Arbeiten im Home-Office dringend verbessert werden müssen. Hierfür ist in der Stadtverwaltung eine entsprechende technische Ausstattung zur Verfügung zu stellen und zu finanzieren. Voraussetzung für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf/Ausbildung ist aber auch der bedarfsgerechte Ausbau der Kindertagesbetreuung (Krippen) für Kinder unter 3 Jahren und der Ganztagsangebote für schulpflichtige Kinder sowie die Entlastung von Pflege- und Sorgearbeit.

10.4 Für die bessere Teilhabe von Frauen

Wir setzen uns dafür ein, dass sich mehr Frauen, trans*, Inter*- und nonbinäre Personen in den politischen Gremien der Stadt engagieren können. Allen Geschlechtern muss eine gleichberechtigte Gestaltungs- und Entscheidungsmacht zukommen, um eine faire, geschlechtergerechte Teilhabe an Politik und Gesellschaft zu gewährleisten. Hierzu bedarf es einer besseren finanziellen Ausstattung der ehrenamtlichen Ratstätigkeit bzw. einer Ausweitung der zeitlichen Freistellung von der Erwerbsarbeit ohne finanzielle Einbußen, um insbesondere Frauen ein kommunalpolitisches Engagement zu ermöglichen.

Zur besseren Teilhabe von Frauen, trans*, Inter*- und nonbinären Personen mit Migrations- und Fluchthintergrund in unserer Gesellschaft, in Schule und Beruf sind konkrete Maßnahmen erforderlich. An der Fortschreibung und Umsetzung des Oldenburger Integrationskonzepts werden wir daher weiter aktiv und konstruktiv arbeiten.

10.5 Gewalt an Frauen entgegenstehen

Gewalt gegen Frauen, trans*, Inter*- und nonbinäre Personen ist auch in Oldenburg offensiv zu begegnen. Alle Menschen müssen selbstbestimmt und frei von Gewalt leben können. Der Umsetzung des „Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“, auch bekannt als Istanbul-Konvention, sind wir kommunalpolitisch verpflichtet. Mit dem 2020 verabschiedeten „Kommunalen Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen* und Häusliche Gewalt“ hat Oldenburg hier einen Meilenstein erreicht. Die Umsetzung des Aktionsplans werden wir engagiert begleiten. Unsere Schwerpunkte liegen hierbei auf:

- Einrichtung einer Koordinierungs- und Beratungsstelle gegen geschlechtsspezifische Gewalt sowie einer Beratungs- und Interventionsstelle für Kinder, verbunden mit einer Notrufnummer und einer elternunabhängigen Beratung – kurz BISS.
- Sicherstellung und wenn erforderlich Ausbau des Zugangs zu Schutz- und Beratungsstellen, wie beispielsweise dem Autonomen Frauenhaus Oldenburg, durch eine ausreichende finanzielle Förderung der Stadt.
- Aufbau und Förderung einer Zufluchtsstätte für heranwachsende Mädchen und Frauen bis 27 Jahre.
- Einrichtung von Schutzräumen auch für Inter*-, trans* und nonbinäre Personen.

- Barrierefreie Zugänge zu Hilfseinrichtungen.
- Aufbau eines Auszugs- und Übergangsmanagements nach Verlassen des Frauenhauses verbunden mit der Einrichtung von Übergangswohnungen und ambulanter Unterstützung.
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit zur Gewaltprävention.
- Weiterentwicklung der Täter*innenarbeit als Beitrag zum Opferschutz.

11. Queeres Selbstverständnis und geschlechtliche Vielfalt

Alle Menschen sind in ihrer Individualität gleich an Würde. Wir achten Vielfalt, persönliche Lebensentwürfe und Beziehungsformen. Dies gilt insbesondere für die Belange von lesbischen, schwulen, Bi*-, trans*, Inter*- und queeren (LSBTTIQ*-)Menschen. Von Anfang an haben die Oldenburger GRÜNEN den Christopher Street Day (CSD), die alljährlich im Juni stattfindende Demonstration von LSBTTIQ* in Oldenburg, sowohl politisch als auch durch eigene sichtbare Teilnahme unterstützt. Auch durch unseren Einsatz ist es heute eine Selbstverständlichkeit, dass die Stadt Oldenburg sich an der Finanzierung des CSD Nordwest beteiligt und an öffentlichen Gebäuden zum CSD (Regenbogen-)Flagge zeigt.

Wir fordern aber mehr: Wir wollen Gendersensibilität als Norm und Bestandteil aller politischen Entscheidungen und in der Stadtverwaltung (siehe auch Kapitel 10 „Frauen- und Gleichstellungspolitik“). Wir setzen uns für eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit sowie für die Entwicklung von Leitbildern, Maßnahmen und Diversity-Konzepten ein, um in Oldenburg ein Klima der Akzeptanz zu schaffen. Hier ist die Stadt als Arbeitgeberin in der Pflicht, die Vorreiterinnenrolle in Oldenburg zu übernehmen.

Die Stadt muss sich gemeinsam mit Vereinen und Organisationen aktiv gegen die immer noch vorhandene Diskriminierung von LSBTTIQ*-Menschen im täglichen Leben, in der Arbeitswelt und auch im Sport engagieren. Wir werden daher die finanzielle und personelle Förderung der Vereine und Organisationen, die das queere Leben, den CSD und die Diversität in Oldenburg unterstützen, fortsetzen.

Wir fordern eine völlige Akzeptanz der Lebensrealität von Regenbogenfamilien, etwa beim Jugendamt und in den Familienberatungsstellen.

Existierende queere und Coming-out-Angebote in Oldenburg insbesondere für Jugendliche werden wir erhalten und stärken, denn Jugendliche leiden besonders unter der Diskriminierung. Das Selbstwertgefühl von Kindern und Jugendlichen, die „anders als die anderen“ sind, wird nach wie vor allzu oft verletzt. Aktuelle Studien zeigen, dass Homofeindlichkeit gerade unter Jugendlichen weit verbreitet ist: „schwul“ und „Schwuchtel“ sind immer noch häufige Schimpfwörter auf deutschen Schulhöfen. Deshalb muss die Jugendarbeit ihnen den Rücken stärken, damit sie ihre sexuelle Identität entwickeln können. Aufklärungsprojekte, die das Thema im Rahmen von Unterrichtsbesuchen und Projektwochen in die Schulen tragen, sind weiterhin notwendig und die Angebote müssen ausgebaut werden. Jugendgruppenleiter*innen und Multiplikator*innen sollen Seminare zur Sensibilisierung gegenüber LSBTTIQ*-Menschen angeboten werden.

Inter*-, trans* und nonbinäre Personen sind durch die Trennung in Damen- und Herrentoiletten gezwungen, sich dem tradierten, zweigeteilten Geschlechtermodell unterzuordnen. Von vielen Inter*-, trans* und nonbinären Personen wird dies als alltägliche Diskriminierung empfunden. Deshalb fordern wir die Einführung von Unisextoiletten in städtischen Einrichtungen. Überall dort, wo es möglich ist und ausreichende Kapazitäten vorhanden sind, sollen zusätzlich zu den getrennten Toiletten für Männer und Frauen durch eine veränderte Kennzeichnung bisheriger Damen- oder Herrentoiletten auch entsprechende Räumlichkeiten für alle Menschen geschaffen werden.

Glossar

- **365-Euro-Ticket**
Nahverkehrsticket für 1 Euro pro Tag (365 Euro pro Jahresticket) am Beispiel der Stadt Wien.
<https://gruenlink.de/26v4>
- **Best Practice**
Bestmögliche Methode, Maßnahme, Durchführung etc.
- **Bürger*innenforen**
In Bürger*innenforen beraten Bewohner*innen einer Stadt, einer Kommune o.Ä. zu konkreten Fragen, Problemen und Planungen vor Ort und erarbeiten Entscheidungshilfen für die Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung.
- **Christopher Street Day (CSD)**
Der CSD ist eine weltweit stattfindende Parade von Schwulen, Lesben, Asexuellen, Transgendern und Bisexuellen, dessen Auslöser in New York liegt, wo es 1969 zu einem Aufstand gegen Polizeivillkür mit tagelangen Straßenschlachten kam. Die ersten Gay-Pride-Demonstrationen in Deutschland gab es 1979 in Bremen und Berlin, seit 1995 gibt es den Oldenburger „CSD Nordwest“.
- **Cluster**
Cluster sind örtliche Konzentrationen von Unternehmen und Institutionen aus ähnlichen und verbundenen Branchen.
- **Co-Working-Space**
Co-Working-Space ist der englische Ausdruck für ein Geschäftskonzept, bei dem Arbeitsplätze und technisch notwendige Geräte, wie Netzwerk, Drucker, Telefon aber auch Besprechungsräume, zeitlich befristet verschiedenen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden.
- **Daseinsvorsorge**
Daseinsvorsorge umfasst den Zugang aller Menschen zu lebensnotwendigen Produkten und Leistungen (z.B. zur Gesundheitsvorsorge).
- **Diversity**
Diversity bedeutet Vielfalt von Menschen und Lebensformen. Diversity zielt auf die Anerkennung und Wertschätzung aller Menschen unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen etc. Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung usw.
- **Drittes Geschlecht**
Der Begriff „drittes Geschlecht“ umfasst Personen, die sich nicht in das binäre (zweigeteilte) Geschlechtssystem „männlich“ und „weiblich“ einordnen lassen (wollen).
- **Druckraum**
Drogenkonsumraum mit risikominimierender Ausstattung.
- **EGH**
Der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft und Hochbau (EGH) ist ein gesondertes wirtschaftliches Unternehmen der Stadt Oldenburg. Als Dienstleistungen werden das technische, infrastrukturelle und kaufmännische Gebäudemanagement erbracht.
- **Einzelhandelsentwicklungskonzept (EEK)**
Anliegen dieses Konzepts ist die Gestaltung des Einzelhandels zur Sicherung lebendiger und urbaner Zentren sowie die Sicherstellung der flächendeckenden Nahversorgung im Stadtgebiet.

- **„Empfehlungen für Radverkehrsanlagen“ (ERA)**
Technisches Regelwerk zur Planung und zum Betrieb von Radverkehrsanlagen in Deutschland.
- **Entlastungsstraße**
Die „Entlastungsstraße“ soll in dem geplanten Stadtteil des ehemaligen Fliegerhorst-Gebiets die Alexanderstraße mit der Ammerländer Heerstraße verbinden, um den erwarteten zusätzlichen Verkehr aufzunehmen. Der Fliegerhorst ist ein ehemaliger Militärflughafen, auf dessen Gebiet nun der neue Stadtteil Helleheide entsteht.
- **Erbbaupacht/Erbbaurecht**
Die Bebauung in Erbbaupacht bedeutet das Recht, eine Immobilie auf fremdem Grundstück zu bauen oder zu kaufen. Der*die Eigentümer*in gewährt dem*der Erbbaurechtnehmer*in die Nutzung des Grundstücks.
- **EUTB: ergänzende unabhängige Teilhabeberatung**
Beratungs- und Unterstützungsangebot für Menschen mit Behinderung.
- **Gemeinwohlbilanz**
Die Gemeinwohlbilanz ist ein Bewertungsverfahren für Gemeinden, Firmen und Institutionen, mit dem geprüft werden kann, inwieweit sie dem Gemeinwohl, also dem Wohl aller, dienen. Bewertet werden z.B. die Aspekte Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit sowie ökologische Nachhaltigkeit und Mitbestimmung.
- **Gender**
Als Gender oder „soziales Geschlecht“ werden Geschlechtsaspekte zusammengefasst, die eine Person in Gesellschaft und Kultur beschreiben, in Abgrenzung zu ihrem rein biologischen Geschlecht.
- **Grauer Wohnungsmarkt**
Mietverhältnisse zwischen privaten Vermieter*innen und Menschen, die aufgrund ihrer persönlichen Lebenssituation große Schwierigkeiten haben, auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt eine Wohnung zu finden.
- **Grünmasterplan**
Der Masterplan Grün der Stadt Oldenburg soll eine integrierte Stadt- und Grünentwicklung fördern. Z.B. werden die grünen (Rad-)Wegeverbindungen im Hinblick auf die fortschreitende Bebauung weiterentwickelt und ausgebaut.
- **GSG**
Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft (GSG) Bau- und Wohnungsgesellschaft mbH.
- **Innenstadtstrategie**
Das Konzept beruht auf der Grundsatzvereinbarung von städtischen und nicht-städtischen Akteur*innen aus dem Jahr 2020, das die Attraktivität und die zukunftsfähige Gestaltung der Oldenburger Innenstadt fördern soll.
- **Istanbul-Konvention: „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“**
Dieses Übereinkommen, auch bekannt als Istanbul-Konvention, ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der verbindliche Rechtsnormen gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt schafft. Das Übereinkommen trat 2014 in Kraft und wurde 2017 von Deutschland ratifiziert (bestätigt).
- **KfW40Plus-Standard**
Bei KfW40plus handelt es sich um einen Gebäudestandard, der bestimmte Anforderungen an die Energieeffizienz stellt.

- **Kiss+Ride-Zonen**
Bereiche in kurzer Entfernung zu Kitas und Schulen, von denen aus Kinder, die mit dem Auto gebracht werden, den restlichen Weg alleine gehen können.
- **Landschaftsrahmenplan**
Umfassender Plan mit Zielen und Handlungsanweisungen zur Gestaltung von Natur und Landschaft in der Stadt Oldenburg. So sollen die biologische Vielfalt sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert werden.
- **Leipzig-Charta**
2007 verabschiedeten die europäischen Minister*innen die „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“. Ziel war es, eine gesamtstädtische Entwicklung zu verankern, um die europäische Stadt zu stärken und weiterzuentwickeln.
- **LSBTIQ***
Abkürzung für quasi alle Gruppen der queeren Community, steht für lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, transgender, „intersex“ (intergeschlechtlich) und queer („keine Schublade“ bzw. queering, fragend). Das hinzugefügte Sternchen (*) soll alle in der Community einschließen, die sich noch nicht gemeint, aber zugehörig fühlen. Entstand als LGB (lesbian, gay, bisexual) in den USA der 1980er als Ersatz für das zu dieser Zeit negativ konnotierte Wort „homosexuell“.
<https://gruenlink.de/26v7>
- **Masterplan Fliegerhorst**
Mit dem Masterplan zum Fliegerhorst ist die Grundlage für konkrete Bebauungspläne geschaffen worden (siehe auch den Eintrag „Entlastungsstraße“).
- **Mensakonzept**
Das Rahmenkonzept „Schulverpflegung in Oldenburg“ – das sogenannte „Mensakonzept“ – wurde 2019 vom Rat der Stadt Oldenburg beschlossen und setzt Standards für eine gute, gesunde und nachhaltige Schulverpflegung.
<https://gruenlink.de/27n0>
- **Nahwärmenetz**
In einem Nahwärmenetz, z.B. in einem Wohngebiet, befindet sich eine zentrale Heizanlage, die mehrere Häuser über eine kurze Strecke versorgt.
- **Nationaler Radverkehrsplan 3.0**
Am 21.04.2021 vom Bundeskabinett beschlossene Strategie zur Radverkehrsförderung.
<https://gruenlink.de/26v3>
- **Oldenburger Energiecluster (OLEC)**
Das Oldenburger Energiecluster ist im Jahr 2005 entstanden, um die lokalen Unternehmen, die sich für die Energiewende einsetzen, zu fördern und zu verbinden.
- **Park+Ride**
Parkplätze am Stadtrand mit direkter Busanbindung in die Innenstadt.
- **Patchwork-Familien**
Patchwork-Familien sind Familien, in denen mindestens ein*e Partner*in ein oder mehrere Kinder mit in die Beziehung bringt.
- **Raum auf Zeit (RAZ)**
Unabhängige Agentur für Zwischennutzung, sucht und bietet in Oldenburg Raum auf Zeit für Kulturprojekte. Leerstände wie Ladenlokale usw. sollen so kreativ genutzt werden.
<https://gruenlink.de/26ve>

- **Regenbogenfamilien**
Regenbogenfamilien sind Familien, in denen mindestens ein Elternteil entweder gleichgeschlechtlich liebt oder transgeschlechtlich lebt.
- **Regionales Umweltbildungszentrum Oldenburg (RUZ)**
Das regionale Umweltbildungszentrum der Stadt Oldenburg bietet eine Vielzahl an Kursen zu Themen wie Klimaschutz, Gesundheit und Energie.
<https://gruenlink.de/26v6>
- **Repair-Café**
Orte, wo in bürgerschaftlichem Engagement zumeist Haushalts- und andere Gebrauchsgegenstände repariert werden.
- **Resilienz**
Widerstandsfähigkeit, im wirtschaftlichen Sinne Krisenfestigkeit.
- **Schwammstadtkonzept**
Regenwasser soll vor Ort aufgenommen und gespeichert werden, anstatt es durch die Kanalisation abzuleiten.
- **seGOLD e.V.**
Selbsthilfegruppe für ein autonomes Leben in Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung.
- **Shared Space (Verkehr)**
Straßen, auf denen alle Verkehrsteilnehmer*innen gleichberechtigt sind und aufeinander Rücksicht nehmen müssen.
- **Sicherer Hafen**
Kommunen, die geflüchtete Menschen aufnehmen möchten.
- **Smartes Handeln**
SMART ist die Abkürzung für spezifisch, messbar, aktiv beeinflussbar, realistisch und terminiert. Diese Kriterien werden an vorher festgelegten Zielen angelegt und können so überprüft werden.
- **SORMAS**
Gesundheitssoftware zum Management von Maßnahmen der Epidemiebekämpfung.
- **Sozialquoten (Wohnungsbau)**
Bezogen auf den Wohnungsbau versteht man unter der Sozialquote den Prozentsatz an neu errichteten Wohnungen, die zu einem festgelegten Mietpreis vermietet werden müssen.
- **Spielleitplanung**
Eine Spielleitplanung ist ein Instrument für eine kinder- und familienfreundliche Stadtentwicklung, an der Kinder und Jugendliche gezielt mit beteiligt werden, um ihre Bedürfnisse besser zu berücksichtigen.
- **Start-up**
Ein Start-up bezeichnet ein kürzlich gegründetes Unternehmen mit einer innovativen Geschäftsidee und hohem Wachstumspotenzial.
- **Team Wendehafen**
Beratung und Unterstützung für Schüler*innen.

- **Trans*, Inter*- und nonbinäre Personen**

Trans* ist ein Oberbegriff für Personen, die sich nicht mit dem ihnen bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren. Inter*- ist ein Sammelbegriff für Personen mit angeborenen körperlichen Geschlechtsmerkmalen, die nicht den gängigen gesellschaftlichen und medizinischen Vorstellungen von männlichen oder weiblichen Körpern entsprechen. Das Sternchen soll dabei Raum für verschiedene Identitäten und Selbstbezeichnungen lassen. Nonbinär ist ein Oberbegriff für Personen, die sich nicht oder nicht ausschließlich männlich oder weiblich identifizieren (siehe auch den Eintrag „LSBTTIQ*“).

- **Urban Gardening**

Gemeinschaftliches Gärtnern in der Stadt.

- **VWG**

Die Verkehr und Wasser GmbH (Oldenburger Betrieb für Busverkehr und Trinkwasser).